



gender & bewaffnete konflikte

gender

m o l d a u

ruth kager
wien, august 2007



**Internetrecherche/Desk Studie im Rahmen des Projektes:
Konflikt & Gender in den Schwerpunkt- und Kooperationsländern
der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit**

Impressum

Herausgeber:
**Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit
Vienna Institute for Development and Cooperation (VIDC)**

Adresse:
**Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien
Tel: +43/1/713 35 94, Fax: DW 73
gender@vidc.org
www.vidc.org**

Redaktion/Layout:
**Mag.^a Renate Semler
Mag.^a Magda Seewald**

Copyright:

Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit



Österreichische
—
Entwicklungszusammenarbeit

Offenlegung nach Paragraph 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien

Grundlegende Richtung: Diskussionsbeiträge zu den Themen Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Kulturaustausch Süd/Nord sowie Antirassismusaktivitäten. Verantwortlich für den Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion, Eigenvervielfältigung, Verlags- und Herstellungsort: Wien

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	4
Vorwort des Vienna Institute for Development and Cooperation.....	5
1. Einleitung.....	6
2. Zusammenfassende Schlussfolgerungen.....	9
3. Geschichte des Transnistrien-Konflikts.....	12
3.1 Wer sind die involvierten AkteurInnen?.....	15
3.2 Wie verläuft der Konflikt?.....	22
4. Welche Auswirkungen haben die Ereignisse auf die Institutionen?	24
4.1 Soziokulturelle Institutionen.....	25
4.2 Politische Institutionen.....	29
4.3 Militärische Institutionen.....	30
4.4 Wirtschaftliche Institutionen.....	34
5. Quellenverzeichnis.....	42

Abkürzungsverzeichnis

CCTIP	Center to combat Trafficking in Persons
CEDAW	Convention on the Elimination of All forms of Discrimination against Women
EUBAM	EU Border Assistance Mission
FWOM	Forum of Women Organisations of Moldova
IMAS	Institutul de Marketing și Sondage
IOM	International Organization for Migration
MSSR	Moldawische Sozialistische Sowjetrepublik
OGRF	Operational Group of the Russian Forces in the Transdnestrrian Region of Moldova
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PKRM	Partei der Kommunisten der Republik Moldau
PMR	Pridnestrovskaya Moldavskaya Respublika / Moldauische Dnjestr-Republik
PMSSR	Transnistrisch-Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik
RM	Republik Moldau
SU	Sowjetunion
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNDP	United Nations Development Programme

Vorwort des Vienna Institute for Development and Cooperation

Die vorliegende Studie wurde im Rahmen des Projektes „Gender und bewaffnete Konflikte“ des vidc erstellt. Ziel dieses Vorhabens ist eine Gender Analyse der bewaffneten Konflikte in den Schwerpunkt- und Kooperationsländern der OEZA.

Die einzelnen Arbeiten basieren auf einer Internetrecherche, wobei darauf geachtet wurde, dass alle Studien in gleicher Weise aufgebaut sind und somit einen Vergleich zulassen. Diese Struktur der Arbeiten wurde im Rahmen eines Workshops unter der Leitung von Dr.in Dubravka Zarkov vom Institute of Social Studies (ISS) Den Haag erarbeitet. Ihr sei an dieser Stelle ganz herzlich für ihre Mitwirkung gedankt.

Als zentrale Frage der Arbeiten gilt jene nach den Auswirkungen des jeweiligen Konflikts auf die wichtigsten Institutionen der Gesellschaft – soziokulturelle, politische, militärische und wirtschaftliche. Um dieses Konzept auf möglichst viele Länder in durchaus unterschiedlichen Konfliktstadien anwenden zu können, wurde ein weiter Konfliktbegriff gewählt, der Konflikte als soziale Prozesse definiert und somit sowohl Vorkonfliktphasen wie auch Nachkonfliktphasen abdeckt.

Trotz dieser einheitlichen Struktur haben sich in den einzelnen Arbeiten doch unterschiedliche Schwerpunkte herauskristallisiert, die einerseits vom Konfliktstadium und andererseits von der Quellenlage abhängig waren. In laufenden Arbeitsgruppentreffen und regem Austausch mit ExpertInnen der EZA konnten Problemstellungen diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht werden. Das so erzielte Ergebnis enthält Handlungsanweisungen und -empfehlungen für die OEZA, die jedoch aufgrund der eingeschränkten Forschungsmöglichkeiten (Internetrecherche) nur ein Anhaltspunkt für konkrete Projektempfehlungen sein können.

Mag.a Magda Seewald

Februar 2006

1. Einleitung

In der wissenschaftlichen Literatur werden verschiedene Begriffe verwendet, um Konflikte zu bezeichnen, wie etwa Krieg, bewaffneter oder gewaltsamer Konflikt. Auch wenn sie meist synonym verwendet werden, so liegt jedem dieser Begriffe ein ideologisches Narrativ zugrunde.

Im Sinne Clausewitz ist Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mittel, um die Interessen eines Staates oder einer Konfliktpartei durchzusetzen. Der Terminus Krieg wird besonders dann verwendet, wenn es gilt eine Gruppe oder ein Volk für den Kampf zu mobilisieren (vgl. Clausewitz). Ähnliches gilt für den Begriff des „gerechten Krieges“. Er wird zusehends verwendet, um das eigene Volk und die internationale Staatengemeinschaft zu überzeugen gegen einen Tyrannen zu kämpfen und damit Freiheit, Demokratie und Frieden für ein Volk und Sicherheit für die Welt zu bringen. In diesem Zusammenhang wird auch vermehrt von „Interventionen“ gesprochen.

Der Begriff „Krieg“ fokussiert auf die unmittelbare gewaltsame Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren Konfliktparteien und ignoriert dabei, dass es eine Zeit vor dem Ausbruch der Gewalt gibt – Cynthia Cockburn nennt sie „uneasy peace“ (Cockburn 2001: 13) – in der entsprechende Propaganda und Aufrüstung stattfinden. Sie ist meist auch geprägt von einem Anstieg räumlich begrenzter Gewalt. Ebenso wenig endet ein Konflikt mit der Beendigung des Krieges. Um also einen bewaffneten Konflikt in seiner gesamten Auswirkung analysieren zu können, ist es sinnvoll ihn als sozialen Prozess zu sehen. Dadurch können bewaffnete Konflikte in unterschiedlichen Phasen nach ähnlichen Gesichtspunkten untersucht werden. Wie etwa Ruanda, wo der Völkermord bereits einige Jahre zurückliegt und das Land sich in einer Post-Konflikt-Phase befindet, oder Äthiopien, wo allerdings die Nachkriegszeit sehr schnell wieder zu einer Pre-Konflikt-Phase werden kann. Während hingegen Norduganda sich in einem akuten bewaffneten Konflikt befindet.

Im Laufe dieses sozialen Prozesses werden unterschiedliche Formen von Gewalt, unmittelbare physische, strukturelle und kulturelle Gewalt, ausgeübt. Gewaltförmige Konflikte setzen starke kollektive Identitäten voraus, wobei Ethnie und Gender eine wesentliche Rolle spielen. Gender wird hierbei als eine soziale Konstruktion von Geschlecht, als soziokulturelle Annahmen über Männer und Frauen und ihr Verhalten zu einander verstanden. Dabei geht es nicht nur um das typische, sondern auch um das normativ angemessene, das „richtige“ Verhalten von Männern und Frauen. In Konfliktzeiten dienen solche Geschlechterbilder auch zur Konstruktion von Freund- und Feindbildern. Dabei ist der Kern dieser Geschlechterbilder die Dichotomie des männlichen Täters

und des weiblichen Opfers (vgl. Kassel 2005: 36).

Die Bedeutung von Gender in ethno-nationalen Konflikten

Besondere Bedeutung kommt dieser Konstruktion von Geschlecht und den damit verbundenen Geschlechterverhältnissen in ethno-nationalen Konflikten, wie etwa im Kosovo, zu. Dabei werden sehr oft biologistische Metaphern verwendet, indem die Nation als Körper verstanden wird, der durch den Feind verletzt oder vergewaltigt wird und entsprechend verteidigt werden muss. Neben dieser biologisch-physischen Komponente spielt auch die kulturell-symbolische Ebene eine wichtige Rolle. Es gilt das gemeinsame kulturelle Erbe zu schützen. Ein Erbe, das vielfach von Müttern durch soziale Praktiken und Traditionen an die nächste Generation weiter gegeben wird und als Grenzziehungsmechanismus zwischen dem eigenen und dem anderen dient. Es ist daher kein konfliktbegleitendes Zufallsprodukt, sondern ein dieser Logik entsprechendes Phänomen, wenn Frauen ein besonderes Ziel von Attacken in ethno-nationalen Konflikten sind. Sie werden gezielt wegen ihrer zweifachen Positionierung der biologisch-physischen und der kulturell-symbolischen angegriffen. Dies äußert sich etwa in Massenvergewaltigungen, wie in Ruanda, Kosovo oder Uganda, durch die gezielt die weibliche Reproduktionsfähigkeit „benutzt“ wird. Dabei gilt die Schwängerung der Frauen des nationalen Feindes als Ziel, um die fremde, verfeindete Gruppe von innen heraus zu schwächen und damit den militärischen Angriff von außen zu ergänzen.

Ebenso wie Weiblichkeit im Verhältnis zum nationalen Körper konstruiert wird, geschieht dies mit Männlichkeit. Aufgabe der Männer ist es, die Gruppe, die Frauen zu schützen und ihre Werte zu verteidigen. Also auch hier ist in der Konstruktion von Männlichkeit eine physische und symbolische Ebene impliziert. Wird eine Frau angegriffen, richtet sich dieser Angriff ebenso gegen die Männer dieser Gruppe. Wird sie vom Feind vergewaltigt, wird dadurch nicht nur die Fähigkeit der Männer zur Verteidigung, also ihre Männlichkeit in Frage gestellt, sondern auch der eigene nationale Körper durch den Feind in Besitz genommen. Durch die „Infiltrierung“ des nationalen Körpers, wenn etwa Kinder als Folge solcher Vergewaltigungen geboren werden, wird der symbolische Effekt der Inbesitznahme durch den nationalen Feind erreicht und eine dauerhafte Schwächung bzw (Zer)störung der Gruppenidentität erzielt.

Retraditionalisierung

Die durch die Geschlechterkonstruktion vermittelten gesellschaftlichen Erwartungen und Rollen können sich in sozialen Prozessen, also auch in bewaffneten Konflikten, verändern. Dabei können Geschlechterbilder verstärkt werden, so etwa durch die Betonung des Mannes als Krieger, Held und Beschützer oder der Frau als Opfer, Pflegerin und Schutzbedürftige. Andererseits übernehmen Frauen in Kriegszeiten oft Tätigkeiten, die vorher „üblicherweise“ von Männern ausgeführt wurden.

Diese Ausweitung der Geschlechterrolle bedeutet aber meist keine Änderung der in einer Gesellschaft vorhandenen Geschlechterideologien. Soldatinnen bringen generell die „Geschlechter-Kriegsordnung“ durcheinander und geraten dadurch in einen Widerspruch zwischen „Geschlechterbild“ (friedfertiges Opfer) und „Geschlechterrolle“ (kämpfende Soldatin) (Kassel 2005: 37). Dies zeigt sich etwa bei weiblichen Kombattantinnen, wie in Ruanda. Traditionellerweise gelten Frauen dort nicht als Kämpferinnen, allerdings griffen in den 1990er Jahren hunderte Frauen zu den Waffen. Während ihre männlichen Kollegen Demobilisierungsprogramme durchlaufen und ohne große Probleme wieder in ihren Gesellschaften Fuß fassen können, ja zum Teil als Helden gefeiert werden, sind ehemalige Kämpferinnen stigmatisiert.

Vielerorts ist nämlich nach Beendigung von Kampfhandlungen eine Wiedererstarkung der traditionellen Geschlechterbilder zu erkennen. Diese Retraditionalisierung zeigt sich etwa in der Westsahara, wo im Laufe des Waffenstillstandes traditionelle soziokulturelle Praktiken wie der Brautpreis wieder eingeführt wurden, nachdem er in den 1970er Jahren abgeschafft worden war. Ähnliches ist auch in Äthiopien zu erkennen, wo in der Post-Konflikt-Phase alte kulturelle Praktiken wieder verstärkt angewendet werden.

Gewalt

Die Betonung des Mannes als Krieger unmittelbar vor, während und nach bewaffneten Konflikten geht stets auch einher mit der Ausübung von Gewalt. Da Geschlechterverhältnisse auch immer Machtverhältnisse sind und in Krisenzeiten derjenige die Macht besitzt, der über Waffen verfügt, sind Frauen in solchen Zeiten verstärkt von Gewalt bedroht. Dies zeigt sich nicht nur in der Verwendung von geschlechtspezifischer sexualisierter Gewalt, wie Vergewaltigung, als Kriegswaffe, sondern auch häufig im Anstieg häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder in Post-Konflikt-Situationen.

Institutionen

Wenn also Geschlechterkonstruktionen innerhalb sozialer Prozesse veränderbar sind, haben in bewaffneten Konflikten unterschiedliche AkteurInnen Einfluss auf diese Konstruktionen, wie etwa das Militär oder sonstige bewaffnete Einheiten. Andererseits sind in vielen Nachkriegssituationen internationale Organisationen und sonstige AkteurInnen in den Prozess involviert und beeinflussen damit die Geschlechterkonstruktion. Diese AkteurInnen versuchen dabei vielfach ihre Konzepte von Gender durchzusetzen. Daher ist es bei der Gender Analyse eines Konflikts auch wichtig, die involvierten AkteurInnen im Hinblick auf ihre Geschlechterbilder zu untersuchen.

Hierbei ist vor allem interessant, wie sich der gewaltsame Konflikt auf die zentralen Institutionen einer Gesellschaft auswirkt und wie diese wiederum von den AkteurInnen beeinflusst werden. Denn

es sind diese Institutionen, die maßgeblich Geschlechterverhältnisse konstruieren. Soziale und kulturelle Institutionen, wie etwa Familie oder Schule, tragen bereits früh zur Vermittlung bestimmter Geschlechterbilder bei. Ähnliches gilt für militärische und wirtschaftliche Institutionen. Während politische Institutionen durch gesetzliche Regelungen diese entweder festschreiben oder auch herausfordern können, wie etwa das Beispiel Ruanda zeigt, wo nach dem Völkermord zahlreiche Gesetze im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit verändert wurden und dadurch die politische Partizipation von Frauen enorm zugenommen hat.

Eine solche Untersuchung kann helfen neue Konflikte zu verhindern. Denn wenn es für Frauen und Männer in einer Gesellschaft unmöglich ist, den vorgegebenen Geschlechtervorstellungen zu entsprechen, wenn die Realität dies nicht zulässt, führt das unweigerlich zu neuen Konflikten.

2. Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Die Republik Moldau (RM) hat als einziger Staat der Ex-UdSSR noch keinen gesellschaftlichen Konsens über ihre nationale Identität gefunden (vgl. Ganbanyi 2005: 27). Nicht nur das Staatsgebiet, sondern auch die moldauische Gesellschaft ist gespalten. Zwar sind die Kampfhandlungen, die zwischen März und Ende Juli 1992 andauerten, seither nicht mehr aufgeflammt, doch ist der Transnistrienkonflikt noch nicht beigelegt. Das Staatsgebiet ist nach wie vor getrennt, weshalb bisher keine die gesamte Gesellschaft Moldaus umfassende konstruktive Debatte darüber entstehen konnte, wie ein zukünftiger territorial vollständiger moldauischer Staat aussehen könnte. Eine solche Diskussion gestaltet sich schon allein deshalb schwierig, da das transnistrische Regime jegliche integrativen Maßnahmen behindert und nicht daran interessiert ist, dass ein gemeinsamer Staat entsteht.

De facto bestehen heute zwei getrennte Staatsstrukturen nebeneinander, wobei die illegale moldauische Dnjestr-Republik (PMR) von keinem Land in der Welt anerkannt wird. Jedoch wurde deren Existenz bisher kaum gestört, obwohl klar ersichtlich ist, dass sich die PMR-Führung am Status quo persönlich bereichert und nicht zuletzt deshalb die Entstehung einer kritischen Zivilgesellschaft innerhalb der transnistrischen Gesellschaft bewusst verhindert. Eine Anerkennung Transnistriens würde einer schweren Völkerrechtsverletzung entsprechen, da somit durch Waffengewalt veränderte Grenzen akzeptiert werden würden (vgl. Benkö 2005: 24).

Dass bestimmte AkteurInnen in Transnistrien, aber auch in Moldau, in der Ukraine und in Russland vom ungelösten Konflikt profitieren, hat auch eine geschlechtsspezifische Dimension. Nicht nur sind Frauen in Nachkriegsgesellschaften bei Verteilungskonflikten benachteiligt, auch spüren sie die Folgen der starken Militarisierung am stärksten (vgl. Eifler 2004: 264f). Die komplexe

Beziehung zwischen Gewalt (insbesondere gegenüber Frauen), Gender Identität und gesellschaftlichen Strukturen wird im Falle Moldaus nicht nur vom so genannten „frozen conflict“ in Transnistrien, sondern auch vom für die Ex-UdSSR charakteristischen rapiden ökonomischen und sozialen Wandel geprägt. Der mit dem Zusammenbruch der SU eingeleitete Transformationsprozess betraf alle Aspekte des sozialen Lebens, wobei Frauen ein überproportional großer Teil der Kosten des Systemwandels tragen, während ihr Zugang zu Chancen gering bleibt. In der Wirtschaft wurden die strukturellen Anpassungsprogramme durch die von Frauen im Sozial-, Bildungs- und Reproduktionsbereich erbrachte billige Arbeitskraft ermöglicht (vgl. Dokmanovic 2002: 16). Durch das Wegfallen sozialer Leistungen und den beschränkten Zugang zu ökonomischem, sozialem und politischem Kapital wird die Verwundbarkeit von Frauen gegenüber ökonomischer, sozialer, physischer, psychologischer und nicht zuletzt sexueller Gewalt erhöht (vgl. Štulhofer 2005: 4).

Im Kontext von gewaltsamen Konflikten und Transformationsprozessen, wie sie die RM in den letzten beiden Jahrzehnten erlebt hat, geraten somit auch Geschlechterverhältnisse ins Wanken. Im Falle des mit dem Zerfall der SU eingeleiteten Transformationsprozesses erfolgte die Auflösung der bis dahin vorherrschenden Geschlechterordnung: Gender wird neu ausgehandelt und entpuppt sich als umkämpftes Terrain bei der Herstellung der neuen politischen, ökonomischen und kulturellen Ordnung. Somit werden in den Ländern der ehemaligen UdSSR neue untereinander konkurrierende Geschlechterverhältnisse sowohl diskursiv als auch mit effektiven Folgen für das alltägliche Leben der Frauen hergestellt (vgl. Štulhofer 2005: 5f).

„A gender order is a dynamic process of symbolic and material representations of gender relations as they are institutionalised through practices at the micro, mezzo and macro levels of the political economy of production and reproduction.“ (Karadenizili 2002: 25)

Im Falle der Ex-UdSSR bedeutete die Ankunft von Kapitalismus und Demokratie auch die Reaktivierung hegemonialer Männlichkeit und betonter Weiblichkeit (vgl. Štulhofer 2005: 100). Ist ein solch traditionell patriarchalischer Backlash auch im Falle Moldaus festzustellen? Diese Frage ist aufgrund der besonderen Situation Moldaus in zweifacher Hinsicht zu stellen: Zum einen in Bezug auf die RM, wobei – und dies ist als Folge der nun schon fast zwei Jahrzehnte andauernden Sezession einzuschätzen – in diesem Fall keine Aussagen über das gesamte Staatsgebiet gemacht werden können, da die Situation in der RM nicht einfach so auf Transnistrien übertragbar ist; zum anderen in Bezug auf die PMR, welche aus diesen Gründen – wenn nicht explizit angemerkt – ausgenommen ist, wenn von der RM die Rede ist. Da der Transnistrienkonflikt vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der SU virulent wurde, soll in dieser Arbeit von einem Konflikt

im engeren Sinn – dem Transnistrienkonflikt – und im weiteren Sinn – dem Transformationsprozess – ausgegangen werden. Diese beiden Ausgangspunkte bilden den Kontext, in dem das Verhältnis von Gender und Konflikt untersucht wird. Dabei ist anzunehmen, dass der Transnistrienkonflikt den Transformationsprozess in der RM erheblich beeinflusst und für deren Entwicklung – und somit auch für die Situation der Frauen – ein großes Hindernis darstellt (vgl. Gabanyi 2005: 25).

Als positiver Effekt des Transformationsprozesses ist die Entstehung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen anzusehen. Auch in der RM engagieren sich Frauen gegen die für die Ex-UdSSR charakteristische und bei weitem nicht nur am Arbeitsmarkt vorherrschende Gender Segregation (vgl. Karadenizili 2002: 33f). Hingegen betreibt die Regierung (nicht nur) in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit eine in erster Linie deklarative Politik. Wohl fehlt es nicht nur am Willen, sondern vor allem an personellen und finanziellen Ressourcen, beispielsweise um die Implementierung der CEDAW garantieren zu können (vgl. Burca 2006: 7). Somit ist die RM unter anderem im Kampf gegen Menschenhandel und häusliche Gewalt sehr auf die Unterstützung durch NGOs angewiesen. Die moldauische Gesellschaft, für die Migration längst zum Teil alltäglicher Lebensstrategien geworden ist, wird zunehmend auf solche Problemlagen aufmerksam gemacht. Jedoch ist es problematisch, dass vor allem konservative moralische Narrative die Debatten zu Migration bestimmen, wobei traditionelle Auffassungen von Weiblichkeit und Männlichkeit zum Tragen kommen (vgl. Abiala 2006: 105f).

Traditionelle Geschlechterbilder ranken sich auch um den Transnistrienkonflikt, obwohl dieser keinen explizit ethnischen Konflikt darstellt (vgl. Malek 2006: 178). Trotzdem bedienen sich auch im Falle Moldaus bestimmte AkteurInnen ethnisch-nationalistischer Diskurse, die stark auf Gender Stereotypen beruhen. Dies ist vor allem in der PMR zu beobachten. Dass es noch keine explizit gendersensible Aufarbeitung des Konflikts gibt, ist problematisch. Dies wäre nicht zuletzt deshalb wichtig, da Feindbilder auf beiden Seiten mit stereotypen Bildern von Männlichkeit und Weiblichkeit verbunden sind. Zudem stellen genderspezifische Gewalterfahrungen ein erhebliches Hindernis für Prozesse der Aussöhnung dar (vgl. Richter-Lyonette 2004: 265). Inwiefern solche Erfahrungen gemacht wurden, ist laut OSZE-Pressesprecher Claus Neukirch in Bezug auf den Transnistrienkonflikt noch nicht eingehend untersucht worden.¹ So kann an dieser Stelle großer Nachholbedarf festgestellt werden, schließlich sind nun schon 15 Jahre seit Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen vergangen. In all diesen Jahren haben zwischen der durch die Existenz der PMR gespaltenen Gesellschaft Moldaus östlich und westlich des Flusses Dnjestr noch keine großen Annäherungen stattgefunden, integrative Maßnahmen stehen erst am Anfang.² Insofern stellt genderspezifische Friedensarbeit rund um den Transnistrienkonflikt einen wichtigen

¹ Interview mit OSZE-Pressesprecher Claus Neukirch, am 25.07.2007

² An dieser Stelle gehen die Einschätzungen etwas auseinander: „*Relations between the populations are reasonably warm.*“ (Int. Crisis Group 2007: 117)

Anknüpfungspunkt dar, der – vor allem aufgrund der autoritären Verhältnisse in der PMR – noch kaum ausgeschöpft wurde.

3. Geschichte des Transnistrien-Konflikts

Wie in anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion (SU) wurden auch in Moldau nach der Auflösung der SU Unabhängigkeitsbestrebungen zum Ausdruck gebracht. Eine nationalistisch rumänisch ausgerichtete Bewegung setzte sich seit Ende der 1980er Jahre insbesondere im westlichen Teil des Landes für eine Angliederung an Rumänien ein, was zu erheblichen Spannungen mit der russischen, ukrainischen und gagausischen Minderheitsbevölkerung führte. Ein vom Obersten Sowjet der MSSR im August 1989 erlassenes Sprachgesetz, das die Einführung des lateinischen Alphabets anstelle der kyrillischen Schrift für die moldauische Sprache vorsah und Moldauisch als Staatssprache erklärte, stieß vor allem im Osten und Süden des Landes auf heftigen Widerstand³ (vgl. Buttin 2007: 2f).

Unter der Führung des aktuellen „Präsidenten“ Transnistriens, Igor Nikolajewitsch Smirnov, setzte östlich des Flusses Dnjestr eine Streikbewegung in den Fabriken des im Gegensatz zur RM stark industrialisierten Gebietes ein. Die transnistrischen Administrationen erkannten weder das neue Gesetz noch die moldauische Führung in Chişinău an. Am 2. September 1990 wurde schließlich die Unabhängigkeit Transnistriens in Form der PMSSR proklamiert.⁴ Dies verletzte zwar die Verfassung der UdSSR, wurde von Moskau jedoch gebilligt (vgl. Malek 2006: 139). In der Folge wurde die Souveränität der MSSR und der aus ihr 1991 entstandenen RM permanent untergraben, sodass der erste moldauische Präsident, Mircea Ion Snegur, im März 1992 den Notstand erklärte, um die Kontrolle über das Territorium wieder zu gewinnen. Hierauf reagierte die 14. (ehemals sowjetische) russische Armee mit direkten Drohungen an Chişinău und stellte sich somit unerwarteter Weise auf die Seite der SeparatistInnen (vgl. Buttin 2007: 14ff). Mit der russischen militärischen Intervention und mit der Unterstützung durch Kosaken und zahlreiche Freiwillige waren die transnistrischen Kräfte der RM bei weitem überlegen. Zwar wurden die Kampfhandlungen mit einem zwischen Chişinău und Moskau ausgehandelten und am 21. Juli 1992 unterzeichneten Waffenstillstand (Moskauer Abkommen) beendet, doch wurde der Status Transnistriens seither nicht geklärt. Somit konnte die RM seit ihrer Entstehung niemals die Souveränität über ihr Territorium erlangen und kann daher als „failed state“ angesehen werden.

³ Debatten um die moldauische Sprache haben den Konflikt seit jeher begleitet. Mit der Annektion des mehrheitlich rumänisch bevölkerten Gebietes Bessarabiens 1940 durch die SU und dessen Einverleibung in die MSSR setzte eine starke Russifizierung ein. Moldauisch, das als Hochsprache dem Rumänischen entspricht, wurde fortan kyrillisch geschrieben, um es vom Rumänischen abzugrenzen und die Entstehung einer moldauischen slawischen Identität voranzutreiben (vgl. Buttin 2007: 2ff).

⁴ Nach dem Krieg wurde die PMSSR in „Moldauische Dnjestr-Republik“ (PMR) umbenannt.

Obwohl das Gebiet der RM eine lange Tradition rumänisch-slavischer Mischsiedlung aufweist, waren die Gebiete östlich des Dnjestr nie Teil eines rumänischen Staates (vgl. Büscher 2004: 158). Hingegen war das mehrheitlich rumänisch bevölkerte Gebiet westlich des Dnjestr (auch Bessarabien genannt) von 1917 bis zum Zweiten Weltkrieg Teil Rumäniens, wurde jedoch in der Folge des Hitler-Stalin-Pakts von der SU annektiert und mit Transnistrien, das zuvor Teil der ukrainischen Sowjetrepublik war, in Form der MSSR vereinigt (vgl. Buttin 2007: 14f). Dass sich die MSSR Ende der 1980er Jahre verstärkt Rumänien zuwendete, wurde vor allem im östlichen Teil der Republik als Bedrohung wahrgenommen und als Legitimation für Sezessionsbestrebungen angesehen. So ging die Unabhängigkeit Moldaus mit der Sezession des östlichen transnistrischen und auch des südlichen gagausischen Gebiets einher: Während der Konflikt im gagausischen Süden des Landes bald gelöst werden konnte (1995 Errichtung einer Territorialautonomie), fanden in Transnistrien militärische Auseinandersetzungen statt, deren Beilegung noch nicht zur Lösung des „frozen conflict“ geführt hat (vgl. Büscher 2004: 146).

Die Eskalation des Konflikts ging laut Gottfried Hanne, Delegierter der OSZE-Mission in Moldau, vom Versuch der PMR aus, die von ihr beanspruchten Gebiete mit Waffengewalt einzunehmen. Diese Reaktion auf die zunehmende Machtverschiebung zugunsten der moldauischen nationalen Bewegung hätte somit dem Bestreben reformfeindlicher, vorwiegend russischer und ukrainischer Eliten aus Partei- und Sowjetapparaten, sowie aus Verwaltung und Wirtschaft entsprochen, den ursprünglich nicht-territorialen Konflikt um Nationalitätenpolitik und Reformen zu territorialisieren. Dies mit dem Ziel, den Status quo aufrecht zu erhalten (vgl. Hanne 1998: 4ff). Nach Einschätzung zahlreicher ExpertInnen wäre dieses Vorhaben ohne russische Unterstützung nicht realisierbar gewesen. Hierfür spricht nicht nur die direkte Intervention der 14. russischen Armee, sondern auch die seither andauernde politische und wirtschaftliche Unterstützung Transnistriens durch Moskau. Beispielsweise war Russland bis heute nicht bereit, die 14. russische Armee wie auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul im Jahr 1999 vereinbart abzuziehen (vgl. Int. Crisis Group: 4f). Somit ist der Transnistrienkonflikt bezeichnend für einen Wendepunkt russischer Außenpolitik gegenüber den Nachfolgestaaten der SU Anfang der 1990er Jahre, die nunmehr direkte, auch militärische Interventionen zur Bewahrung russischer Interessen befürwortete. Inwiefern Transnistrien auch heute noch Russlands vitale Interessen berührt, kann im Rahmen dieser Arbeit leider nicht ausführlicher diskutiert werden. Festzustellen gilt jedoch, dass die russische Politik als „wichtigste Entwicklungsbedingung“ des Konflikts und als „Schlüssel für dessen Regulierung“ angesehen werden kann (Hanne 1998: 4).

Seit 1994 setzt sich die KSZE/OSZE ohne Erfolg für eine Lösung des Konflikts ein. Die PMR zeigt sich von den politischen Verhältnissen in Moldau⁵ und den Interessen der russischsprachigen

⁵ Beispielsweise wurde im Moskauer Abkommen festgelegt, dass sich Transnistrien im Falle einer Angliederung Moldaus an Rumänien abspalten könne. Dies wird schon seit langem als kaum wahrscheinlich angesehen (vgl. Int.

Bevölkerung völlig unberührt. Vielmehr versucht deren Führung rund um die Familie Smirnov weiterhin vom Status quo zu profitieren und sich zu bereichern. Die von der OSZE mit Tiraspol, Chişinău, Moskau und Kiev geführte Verhandlungsrunde scheiterte immer wieder am Widerstand der transnistrischen Führung. 2003 kündigten die USA und die EU aus diesem Grund ein Einreiseverbot für transnistrische Politiker an, woraufhin ein Teil des nach der Auflösung der SU in Transnistrien verbliebenen Kriegsmaterials aus den dort befindlichen sowjetischen Armeelagern entfernt wurde. Zwar wurden 2002 kleine Fortschritte bei den Verhandlungen erzielt, welche in einer Vereinbarung über die Basis der moldauisch-transnistrischen Beziehungen zum Ausdruck kamen, jedoch wurde diese aufgrund von Vorbehalten auf beiden Seiten nicht unterzeichnet⁶ (vgl. Int. Crisis Group 2003: 9f).

2003 existierten zwei sich überlappende Verhandlungskreise, worüber die OSZE lange Zeit im Dunkeln gehalten wurde: Ohne deren Wissen verhandelte der Putin-Vertraute Kozak mit Chişinău und Tiraspol, wobei zahlreiche Konzessionen an die transnistrische Seite gemacht wurden. Der so genannte Kozak-Plan sollte schließlich in einer offiziellen Zeremonie unterschrieben werden, wogegen die OSZE jedoch Stellung bezog. In der Folge entschied sich Moldau im letzten Moment gegen eine Annahme des Plans (vgl. Löwenhardt 2003: 106f). Seither haben die Verhandlungen kaum Fortschritte erzielt, obwohl seit 2005 auch BeobachterInnen aus der EU und den USA involviert sind. Aktuell stellt die RM drei Bedingungen für die Klärung des rechtlichen Status Transnistriens, die jedoch kaum in dessen Interesse sind: Demokratisierung, Entmilitarisierung und Dekriminalisierung. Diese Forderungen wurden in einem 2005 vom Parlament verabschiedeten Gesetz zum Ausdruck gebracht (vgl. Int. Crisis Group 2007: 103).

Die Sezession Transnistriens, das heute als illegaler – aber de facto unabhängiger – Staat die Entwicklung Moldaus erheblich beeinträchtigt, hat die Mentalitäten und Identitäten der Bevölkerung beeinflusst und Divergenzen verstärkt. In Transnistrien war ursprünglich keine regionale Identität vorhanden, vielmehr bildete sich eine solche laut dem Politologen Klemens Büscher erst als Resultat der machtpolitischen Konstellationen heraus (vgl. Büscher 2004: 159ff). Dementsprechend hat die von der transnistrischen Führung jahrelang forcierte Propaganda zu einer verzerrten Wahrnehmung der Republik Moldau geführt, die zu einer wahrhaften Befriedung des Konflikts kaum beiträgt. So stellt eine konstitutionelle Einigung laut vieler ExpertInnen nur in langfristiger Hinsicht ein realistisches Ziel dar. Aktuell gelte es vor allem, das Vertrauen zwischen den beiden Verhandlungspartnern und vor allem zwischen den EinwohnerInnen östlich und

Crisis Group 2007: 119).

⁶ Im so genannten Kiev-Protokoll, auf dessen Basis die Vereinbarung ausgearbeitet wurde, verpflichten sich die RM und Transnistrien den Verhandlungsprozess nicht mehr zu behindern und frühere Verpflichtungen zu erfüllen. Doch die RM ist gegenüber föderalen konstitutionellen Lösungsvorschlägen vorsichtig und unterzeichnet die Vereinbarung nicht, da sie befürchtet die PMR somit indirekt anzuerkennen. Transnistrien verweigerte die Unterschrift, da es mit der Rede über einen gemeinsamen Staat nicht einverstanden ist (vgl. Int. Crisis Group 2003: 9f).

westlich des Dnjestr zu festigen. Auch solle die politische und ökonomische Attraktivität der RM gegenüber der transnistrischen Bevölkerung gestärkt werden (vgl. Int. Crisis Group 2007: 84)

3.1 Wer sind die involvierten AkteurInnen?

Transnistrien

Transnistrien, das sich selbst als „Moldauische Dnjestr-Republik“ („Pridnestrovskaya Moldavskaya Respublika“ (PMR) auf Russisch) bezeichnet und de facto von Moldau unabhängige „staatliche“ Strukturen aufgebaut hat, fasst sich als „*Teil der russischen Zivilisation*“ und „*urrussische Erde*“ (Benkö 2005: 5; vgl. Büscher 2004: 179) auf.⁷ Solche Diskurse, die oft mit anti-rumänischen bzw. anti-moldauischen Feindbildern verbunden sind, beeinträchtigen die kulturelle Freiheit der in Transnistrien lebenden Rumänisch bzw. Moldauisch sprechenden Bevölkerung (vgl. U.S. Department of State 2007a). Dabei gilt festzuhalten, dass in Transnistrien laut PMR-Census 2004 mit 31,9 Prozent mehr MoldauerInnen leben als RussInnen (30,4 Prozent); 28,8 Prozent der rund 700 000 Personen zählenden transnistrischen Bevölkerung (entspricht circa 16 Prozent der Bevölkerung Moldaus) erklärten sich laut Census als UkrainerInnen. Transnistrien umfasst mit knapp elf Prozent der Gesamtfläche Moldaus das gesamte Gebiet östlich des Dnjestr und die westlich des Flusses gelegene Stadt Bender (vgl. PMR Website 2007e; Büscher 2004: 150).

Die Daten des PMR-Census werden jedoch nicht als verlässlich eingestuft, wie auch sonst Aussagen der transnistrischen Führung mit Vorsicht zu genießen sind. Von zahlreichen ExpertInnen wird die PMR als „*autoritär-repressives Regime mit engen Verbindungen zu lokalen wie GUS-weiten Mafiasstrukturen*“ (Benkö 2005: 151) angesehen, das sich mittels illegalem Handel über Wasser hält. Laut dem „Country Report on Human Rights Practices 2006“ des U.S. Department of State herrscht in Transnistrien weder Versammlungs- noch Meinungsfreiheit. So sei auch das Recht der BürgerInnen, einen Regierungswechsel herbeizuführen, bei den Parlamentswahlen 2006 limitiert gewesen.⁸ Dasselbe gelte für ein im selben Jahr über die Unabhängigkeit der PMR abgehaltenes Referendum, bei dem die freie Meinungsäußerung der transnistrischen Bevölkerung eingeschränkt worden sei (vgl. U.S. Department of State 2007a).

Das Smirnov-Regime wird sich wohl auch zukünftig der von vielen Seiten geforderten

⁷ Die Verfassung aus dem Jahr 1996 sieht ein präsidentiell-parlamentarisches System mit starkem Übergewicht der präsidentiellen Komponente vor. Das politische System der PMR ist jedoch als autoritär einzustufen, so verbietet die Verfassung alle gegen die Souveränität Transnistriens gerichteten Tätigkeiten. Wahlen und Volksabstimmungen dienen laut Benkö nur der Legitimierung bereits gefällter Entscheidungen (vgl. Benkö 2005: 12).

⁸ Die PMR spricht von freien und demokratischen Wahlen, bei denen die Opposition „Obnovlenye“ (Erneuerung) der Partei Smimovs erhebliche Einbußen beschert habe. Laut Int. Crisis Group verdeutliche der Erfolg der 2006 registrierten Partei (23 von 43 Sitzen) den steigenden Einfluss der Business-Community (vgl. PMR Website 2007d; Int. Crisis Group 2007: 100). Jedoch wurde Smimov mit 82,4 % der Stimmen in seinem Amt bestätigt (vgl. U.S. Department of State 2007a).

Demokratisierung und Demilitarisierung widersetzen, da es ansonsten kaum überleben könnte (vgl. Int. Crisis Group 2007: 105; Nantoi 2001: 9). Somit ist die PMR auf die Zensur der Massenmedien und die Repression kritischer Stimmen angewiesen, auch um die RM weiterhin als Aggressor darstellen und die Notwendigkeit der Militarisierung Transnistriens legitimieren zu können. So herrscht in der PMR ein verzerrtes Bild von der RM vor, das einer von unten ausgehenden Demokratisierung Transnistriens im Wege steht.

Seit März 2006 ist ein Abkommen zwischen der RM und der Ukraine in Kraft, laut dem letztere transnistrische Produkte nicht mehr akzeptiert, wenn sie nicht von den entsprechenden Dokumenten begleitet sind. Smirnov hat hierauf mit einem Exportverbot reagiert und die PMR nach außen hin als Opfer eines Boykotts dargestellt. Somit hat die transnistrische Führung das Abkommen ausgenutzt, um die Debatte zu radikalieren und moderaten Stimmen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dies hat jedoch mehr als 200 von insgesamt rund 300 transnistrischen Unternehmen nicht davon abgehalten, sich in Chişinău zu registrieren, um die erforderlichen Dokumente zu erhalten (vgl. Int. Crisis Group 2007: 100f).

Die Republik Moldau

Für die RM stellt der ungelöste Transnistrienkonflikt ein grundlegendes Problem dar. Damit dieses im Interesse Moldaus gelöst werden kann, ist die RM jedoch auf Unterstützung von außen angewiesen. Im Spannungsfeld zwischen dem europäischen und dem russischen Integrationsraum und in Konfrontation mit einem militärisch weitaus stärkeren autoritären Regime ist der Handlungsspielraum der RM nämlich redlich klein. Zudem sind Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung auch in der RM noch nicht von Erfolg gekrönt.

Die von der EU erhoffte Unterstützung – beispielsweise durch Druck auf die PMR und Russland – ist zögerlich, während die Abhängigkeit von Russland nicht kleiner wird. Nicht nur ist Moldau von russischer Energie hochgradig abhängig, auch hat das Land hohe Schulden bei Russland und ist zudem darauf angewiesen, dass Russland den zahlreichen gen Osten migrierenden MoldauerInnen auch zukünftig Einreise und Arbeit erlaubt (vgl. Gabanyi 2005: 28; Int. Crisis Group 2007: 112). Bedenkt man noch, dass sich die PMR trotz unzähliger unterzeichneter Dokumente einfach über Vereinbarungen hinwegsetzt, die nicht in ihrem Interesse sind, ist die Verhandlungsposition der RM als durchaus prekär einzustufen. Laut Oazu Nantoi ist die RM im Laufe der von der OSZE geleiteten Verhandlungen mit der PMR zudem in einige Fallen getappt, beispielsweise indem sie Formulierungen zustimmte, die mehrdeutigen Charakter haben und es der PMR sowie Russland erlauben, Verpflichtungen hinauszuzögern bzw. nicht wahrzunehmen. Dies betrifft beispielsweise den noch immer nicht erfolgten Abzug der 14. russischen Armee. Zudem profitiert die PMR von internationalen Verträgen, welche die RM eingegangen ist: So werden transnistrische

wirtschaftliche Interessen indirekt geschützt. Dem gilt es jedoch anzufügen, dass auch korrupte moldauische AkteurInnen vom Status quo profitieren (vgl. Nantoi 2001: 2f).

Da die RM den Kozak-Plan im letzten Moment abgelehnt und den russischen Präsidenten Putin wortwörtlich nach Hause geschickt hat, ist sie auf politische Unterstützung durch die EU angewiesen. Bestrebungen, von der EU als südosteuropäisches Land eingestuft zu werden und somit langfristig eine Beitrittsperspektive zu bekommen, haben jedoch nicht gefruchtet (vgl. Gabanyi 2005: 32). 2001 wurde die RM als erster postsowjetischer Staat in die WTO aufgenommen. Die seit den Wahlen 2001 regierende kommunistische Partei bremste jedoch den Reformkurs, woraufhin (unter anderem) die EU finanzielle Unterstützungen an Fortschritte bei der Privatisierung geknüpft hat (vgl. Gabanyi 2005: 28.). So klar wie in diesem Fall verhält sich die EU nicht immer gegenüber der RM. Vor allem die Weigerung der EU, Moldau eine klare europäische Perspektive zu gewähren, lässt die RM weiterhin zwischen den unterschiedlichen Ansprüchen der mit ihr in Verbindung stehenden AkteurInnen hin und her driften. Somit schaut die aktuelle Situation der RM, deren Reformen nur schleppend vorangehen und deren BürgerInnen zudem in Massen das Land verlassen, nicht gerade gut aus.

Die EU – Festung Europa?

Anfang der 1990er Jahre spielte Moldau in der entstehenden europäischen Sicherheitspolitik keine große Rolle. Dies hat sich spätestens mit dem EU-Beitritt Rumäniens grundlegend geändert (vgl. Büscher 2004: 147). Dem scheint die EU jedoch in erster Linie durch ihre restriktive Grenzpolitik Rechnung zu tragen, welche für die Bevölkerung Moldaus und auch für die Situation der Frauen direkte und nicht unbedingt positive Folgen hat. Im aktuellen EU-Aktionsplan, in dem eine Beitrittsperspektive explizit ausgeschlossen und unter anderem der Zugang Moldaus zum europäischen Binnenmarkt und Formen der regionalen und institutionellen Zusammenarbeit besprochen werden, wird auch die Regelung des Transnistrienkonflikts angesprochen. Dieser Punkt nimmt jedoch nur verhältnismäßig wenig Platz im Dokument ein: Die EU verspricht sich „*mit allen verfügbaren Mitteln*“ (Gabanyi 2005: 34) zu engagieren. Wohl bestimmen dabei sicherheitspolitische Gesichtspunkte, welche Mittel verfügbar sein werden. Beispielsweise war man sich in Brüssel in der Vergangenheit nicht einig, welche Rolle Russland bei der Lösung des Konflikts spielen sollte (vgl. ebd.: 36).

Aktuell ist die EU in Moldau nicht sehr sichtbar. Das Wissen der MoldauerInnen über die EU ist gering (vgl. Int. Crisis Group 2007: 80). Dies zu ändern sollte sicherlich im Interesse der RM liegen. Jedoch sollte sich auch die EU bemühen, klarer in ihrer Politik zu sein und ihre Möglichkeiten zur Unterstützung der RM besser auszuschöpfen, beispielsweise indem sie Druck auf die Ukraine ausübt, sich auch zukünftig an ihr Zollabkommen mit der RM zu halten (vgl. ebd.: 79,

98).

„Es bleibt abzuwarten, ob die EU mit ihrer Strategie Erfolg haben wird, in den Staaten ihrer unmittelbaren Nachbarschaft die Achtung der Menschenrechte und die Etablierung von good governance einzufordern, ohne ihnen zugleich eine Integrationsperspektive zu bieten.“ (Gabanyi 2005: 34)

Russland und die Ukraine

In Russland wurde der Transnistrienkonflikt von der kommunistischen und nationalistischen Anti-Jelzin-Opposition strategisch ausgenutzt, indem die Bedrohung der RussInnen in Transnistrien hochgespielt wurde, um die Jelzin-Führung des Verrats an den Landsleuten bezichtigen zu können (vgl. Hanne 1998: 20). Dies verdeutlicht, dass Russland (wie auch alle anderen Beteiligten) nicht als homogener Akteur anzusehen ist, sondern auch internen Konflikten bei seiner Politik gegenüber Transnistrien und der RM unterworfen ist. Trotzdem kann festgestellt werden, dass Russland das Smirnov-Regime seit Beginn des Konflikts sowohl in militärischer als auch wirtschaftlicher und politischer Hinsicht unterstützt hat. Bezeichnend hierfür ist, dass die Duma 2006 die internationale Gemeinschaft dazu aufgefordert hat, das Ergebnis des in Transnistrien abgehaltenen und international als undemokratisch eingestuften Referendums über die Unabhängigkeit der PMR zu akzeptieren (vgl. Buttin 2007: 13).

Russland hat in der Vergangenheit über 80 000 EinwohnerInnen Transnistriens seine StaatsbürgerInnenschaft zuerkannt. Somit könnte eine Intervention auf transnistrischem Gebiet unter Hinweis auf die Bedrohung von Landsleuten legitimiert werden. In diesem Sinne dient die Problematik der AuslandsrussInnen als Legitimierung für hegemoniale Ansprüche (vgl. Benkö 2005: 67; Büscher 2004: 125). Dabei hat Russland in der Vergangenheit eine zweigleisige Politik verfolgt, wofür nicht nur der ausstehende Abzug der 14. russischen Armee, sondern ganz allgemein die Position Russlands als Aggressor einerseits und als Verhandler im Friedensprozess andererseits spricht. In den letzten Jahren hat Russland versucht ein internationales Mandat für eine Friedensmission zu bekommen, um seine alleinige Zuständigkeit für die Region auch formal zu zementieren. Aus den besprochenen Gründen wäre ein solches jedoch kaum im Sinne einer wahrhaften Konfliktregelung (vgl. Büscher 2004: 113).

Auch die Politik der Ukraine hat erheblichen Einfluss auf die Entwicklung des Konflikts. Dies betrifft vor allem die Sicherung der Grenzen, an denen in der Vergangenheit illegalen Tätigkeiten nur wenige Barrieren gesetzt waren. Wie die RM ist auch die Ukraine in vielerlei Hinsicht von Russland abhängig und ist deshalb in ihrem Handlungsspielraum beschränkt. Zudem profitieren auch ukrainische AkteurInnen vom ungelösten Konflikt. Der aktuell wachsende Einfluss der mehr nach Russland orientierten Partei der Regionen spricht nicht gerade für ein aufrichtiges ukrainisches

Engagement zur Unterstützung der RM (vgl. Int. Crisis Group 2007: 85, 98). Abschließend gilt festzustellen, dass weder Russland noch die Ukraine aufgrund ihrer persönlichen Interessen als objektive Mediatoren im Friedensprozess geeignet sind (vgl. Nantoi 2001: 9).

Rumänien

49 Prozent der Befragten einer von IMAS inc. 2007 geführten Studie gaben an, Rumänien würde in der Zukunft der RM am meisten dabei helfen können, Mitglied der EU zu werden (vgl. IMAS 2007: 31). Tatsächlich verbindet Moldau und Rumänien nicht nur eine gemeinsame Sprache, sondern zum Teil auch eine gemeinsame Geschichte. Trotzdem sind die Beziehungen aktuell nicht besonders eng, auch hatte Rumänien die RM während der kriegerischen Auseinandersetzungen nur minimal unterstützt. Im Verhandlungsprozess hat Bukarest bisher kaum eine Rolle gespielt. Dies wohl deshalb, um der PMR nicht zusätzlichen Zündstoff zu liefern. Schließlich hatte die PMR ihre Abspaltung damit gerechtfertigt, dass sich Moldau Rumänien anschließen wolle. Diese Option stand laut Martin Malek im Grunde niemals ernsthaft zur Diskussion (vgl. Malek 2005: 154f). Auch muss man sich vor Augen führen, dass die eh schon prekäre moldauische Identität ohne eine gewisse Abgrenzung gegenüber Rumänien wohl noch fragiler dastehen würde. Nichtsdestotrotz ist Moldau auf gute Beziehungen mit Rumänien angewiesen. Darüber hinaus besitzen zahlreiche MoldauerInnen eine doppelte StaatsbürgerInnenschaft.

NGOs

In der RM sind die Voraussetzungen für zivilgesellschaftliches Handeln nicht gerade günstig, wobei die Migration zahlreicher junger Menschen erschwerend hinzukommt. Auch erweist sich die Kooperation von NGOs und staatlichen Akteuren als eher sporadisch und nicht unbedingt spannungsfrei. Zudem erschweren zentralisierte Verwaltungsstrukturen zusätzlich die Entfaltung der Zivilgesellschaft. Die Anzahl der registrierten NGOs hat sich zwar in den letzten Jahren sowohl auf lokaler wie auch auf nationaler Ebene vergrößert, jedoch gelten nur 10 bis 15 Prozent der rund 2 800 registrierten NGOs als aktiv (vgl. Piehl 2004: 54f). Im Prozess der Konfliktlösung spielen lokale NGOs keine besonders große Rolle, obwohl sie die Entwicklung des „frozen conflict“ in der Vergangenheit durchaus kommentiert haben. Beispielsweise sprach sich 2003 ein Forum von NGOs gegen die damaligen Pläne zur Föderalisierung der RM aus (vgl. Malek 2005: 166). Eine stärkere Einbindung von NGOs wäre für den Friedensprozess zweifelsohne sehr wünschenswert, gerade da es im Transnistrienkonflikt nicht zuletzt darum geht, welche Form der moldauische Staat annehmen und welche Form „nationaler“ Identität ihm zu eigen sein soll.

In Transnistrien wird die Arbeit von NGOs immer wieder beeinträchtigt bzw. wird besonders im politischen Bereich unter Druck gesetzt. Im März 2006 unterzeichnete Smirnov ein Dekret, das ausländisches Sponsoring für NGOs verbietet. Nach internationalem Protest wurde das Verbot

etwas abgeändert und auf politische Aktivitäten beschränkt. Dieses Dekret verdeutlicht, dass in der PMR kritische zivilgesellschaftliche Aktivitäten kaum möglich sind (vgl. U.S. Department of State 2007a). Vor allem in Bezug auf den Konflikt ist es für gesellschaftliche AkteurInnen so gut wie unmöglich, sich einzubringen:

„The anti-constitutional regime persecutes any non-governmental organizations’ initiatives to contribute to the amelioration of the situation, the restoration of mutual trust among the population on both banks of the Nistru by means of popular diplomacy.“ (Nantoi 2001: 6)

Für internationale NGOs ist es nicht einfach in Bezug auf die PMR direkte Policies zu formulieren und internationale Standards einzufordern, gerade da es sich dabei um einen illegalen Staat handelt, der im Grunde gar nichts akzeptieren muss (vgl. Kliment 2005: 73). Auch die OSZE, welche seit Jahren die Verhandlungen zwischen der RM und der PMR leitet, nimmt einen schwierigen Standpunkt ein. Zum einen ist Russland als Land, das im Konflikt auf der Seite der PMR militärisch interveniert hat und das Smirnov-Regime seit jeher unterstützt, Mitglied der Organisation. Zum anderen haben die Bemühungen der OSZE zur Konfliktlösung die Politik der PMR zumindest zu einem kleinen Teil indirekt legitimiert und deren Selbstbewusstsein gestärkt (vgl. Benkö 2005: 65; Malek 2005: 157). Laut Oazu Nantoi würde die OSZE gar eine Abspaltung der PMR akzeptieren, *„in a situation when weapons are silent and Europe is not invaded by refugees from the conflict region“* (Nantoi 2001: 8).

Zuletzt soll kurz die Rolle globaler Player, also der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, angesprochen werden. Politische und ökonomische Strukturierungsprozesse unterliegen in der RM wie auch in vielen anderen Ländern dem Diktat von IMF und Weltbank. So beeinflussen diese Organisationen die Entwicklung Moldaus und auch die Situation der Frauen maßgeblich. Dabei lenken diese Institutionen makroökonomische Prozesse auf eine Weise, welche für Frauen nicht sehr förderlich ist: Ökonomischer Wandel impliziert nämlich mehr als das relativ unproblematische Implementieren von Policies. Dies bleibt in einer neoliberalen Sicht auf ökonomische Reformen meistens ausgeklammert. Somit ist auch ein Blick auf globale (nicht nur wirtschaftliche) Prozesse und deren kritische Analyse notwendig, um die Verknüpfung von Gender und Transformationsprozessen bzw. Konflikten optimal analysieren zu können (vgl. Keough 2006: 454f; Karadenizili 2002: 23f). Dies kann an dieser Stelle leider nur kurz angemerkt werden.

Frauenorganisationen

In der RM sind laut UNDP ungefähr 40 Frauenorganisationen aktiv, in der Datenbank „Regional

Women's Directory Database“ scheinen 37 Organisationen auf, ebenso in der Publikation „Regional directory of women's groups“ aus dem Jahre 2003 (vgl. UNDP 2000: 68f.; Jemric 2003; Regional Women's Directory Database 2007). Jedoch umfasst das „Forum of the Women's Associations of the Republic of Moldova“ (FWOM) laut UNDP mehr als 100 lokale Organisationen. Diese NGOs sind vor allem im Kampf gegen Frauen- und Menschenhandel, Gewalt gegen Frauen und Diskriminierung am Arbeitsmarkt tätig. Dabei scheint das Bewusstsein dafür sehr groß zu sein, dass zur Lösung dieser Problematiken alte Gender Stereotype innerhalb der moldauischen Gesellschaft überwunden werden müssen (vgl. Burca 2006). Hierfür wird von solchen Organisationen Lobby gemacht.

„Experience has shown that the struggle to eliminate violence is usually initiated by women's associations and NGOs.“ (UNDP 2000: 68)

Dass Frauen-NGOs in Bezug auf den Konflikt tätig sind, beispielsweise um sich die Bevölkerung Moldaus und Transnistriens gegenseitig näher zu bringen bzw. um sich gemeinsam für Demokratisierung einzusetzen, konnte ich leider nicht feststellen. Vor dem Hintergrund der allgemein kritischen Situation für Frauen in Moldau und aufgrund der Tatsache, dass die PMR solche Initiativen sofort bekämpfen würde, scheint dies auch nachvollziehbar. Trotzdem sollte keinesfalls ausgeschlossen werden, dass es solche Engagements gibt, nicht zuletzt im alltäglichen Leben von Frauen.

In einem Schattenbericht zur Implementierung der CEDAW kritisieren lokale Frauenorganisationen, dass die Regierung eine in erster Linie deklarative Politik betreibt und klare Konzepte, Analysen und Beschreibungen sowie korrekte Fakten und Vorschläge fehlen. Auch gäbe es Fälle, in denen der moldauische Staat Frauen-NGOs von ihrer Arbeit abhält (vgl. Burca 2006; Abiala 2006: 99). Das CEDAW-Komitee lobt die moldauische Regierung zwar für ihre Kooperation mit Frauen-NGOs bei der Erarbeitung von Gesetzen in Bezug auf die CEDAW, äußert sich jedoch besorgt über die ständigen Veränderungen institutioneller Strukturen, die überdies nicht genügend finanziell und personell unterstützt werden und deren Sichtbarkeit sehr gering ist (vgl. CEDAW 2006a: 2f). Als problematisch ist auch die Dominanz des Themas Menschenhandel anzusehen, da somit andere Probleme wie etwa häusliche Gewalt oder die Kriminalisierung von Prostitution in den Hintergrund gedrängt werden. So äußert sich Abiala kritisch dazu, dass die Diskurse zu Menschenhandel vor allem von internationalen AkteurInnen geprägt werden, die den spezifischen moldauischen Kontext nicht unbedingt am besten kennen (vgl. Abiala 2006: 91, 105). Umso wichtiger ist es deshalb, dass sich lokale Frauen-NGOs auch gegenüber internationalen

AkteurInnen mit ihrem spezifischen Wissen und ihren Anliegen behaupten können.

Aufgrund des autoritären Charakters der PMR ist es nicht einfach, die Tätigkeit von Frauenorganisationen in Transnistrien einzuschätzen. Es kann jedoch festgestellt werden, dass deren Arbeit – sofern sie unkritisch ist – für Propagandazwecke instrumentalisiert wird. Zum anderen ist es für NGOs, die sich beispielsweise gegen Menschenhandel engagieren, oft schwierig, ihre Tätigkeit auszuführen. So berichtete, laut Claus Neukirch, eine Mitarbeiterin der NGO „Interaction“, die sich gegen Menschenhandel einsetzt, von Problemen mit den transnistrischen Sicherheitsbehörden.⁹ Nichtsdestotrotz organisierte „Interaction“ gemeinsam mit IOM im Dezember 2006 in Tiraspol eine Woche lang Screenings und Diskussionen zum Thema Frauenhandel, was für die transnistrische Hauptstadt ein durchaus einzigartiges Erlebnis darstellte (vgl. IOM 2006: 5f). Hingegen wird in PMR-nahen Medien ein Bild von engagierten Frauengruppen suggeriert, die sich für den Frieden einsetzen. In einem Bericht über ein Treffen von Frauengruppen aus der PMR, Südossetien und Abkhazien Anfang September 2006 kommen Geschlechter Stereotype sehr stark zum Ausdruck. Unter dem Titel *„Human fates in the flash points: The female view“* wurden laut Berichterstattung alternative Wege der Konfliktlösung gesucht. Dabei wurden die RM und Georgien jedoch als Aggressoren dargestellt (vgl. Tiraspol Times 2006).

„The women of the conflict areas joined hands in a mutually supportive effort aimed at ensuring a peaceful co-existence and a future without war for their children. Women are among the weakest in society and they are the victims in any kind of conflict. Along with children, women are the first to suffer when politicians who are more concerned with geopolitics play a cruel game with their lives.“ (ebd.)

3.2 Wie verläuft der Konflikt?

Ab 1990 wurde das transnistrische Gebiet zunehmend militarisiert. Polizeistationen und Institutionen der moldauischen Regierung wurden sukzessive eingenommen, sodass die separatistischen Kräfte mit Ende 1991 die von ihnen westlich des Dnjestr beanspruchten Gebiete fast vollständig kontrollierten. In Bender wurde eine eigene Miliz in Konkurrenz zur moldauischen Polizei eingerichtet. So eskalierte der Konflikt – auch vor dem Hintergrund des Moskauer Putsches im August 1991 und den Unabhängigkeitserklärungen vieler Sowjetrepubliken – zunehmend (vgl. Hanne 1998: 19f.; Malek 2006: 140). Als die transnistrischen Streitkräfte versuchten auch die letzten von Chişinău kontrollierten Gebiete einzunehmen, kam es mit steigender Heftigkeit zu

⁹ Interview mit OSZE-Pressesprecher Claus Neukirch, am 25.07.2007

militärischen Kampfhandlungen, die im Kurzkrieg um Bender gipfelten. Heftige Straßenkämpfe forderten viele auch zivile Opfer (vgl. Hanne 1998: 20f). Manche Viertel der Stadt wurden öfters rückerobert. In den ersten Kriegstagen im März 1992 floh mehr als die Hälfte der Bevölkerung Benders aus der Stadt, 80 000 Flüchtlinge waren im Juli registriert (vgl. Memorial 1992). Aktuell ist die Flüchtlingsproblematik als innermoldauische Angelegenheit einzuschätzen. Die Regierung hat laut Claus Neukirch trotz zahlreicher Zugeständnisse die missliche soziale Lage der Flüchtlinge noch nicht verbessert¹⁰ (vgl. Nantoi 2001: 7).

Massive Menschenrechtsverletzungen, wie beispielsweise in den Konflikten am Balkan, fanden im Transnistrienkonflikt zwar nicht statt, jedoch wurden auf beiden Seiten durchaus Menschenrechte verletzt (vgl. Hanne 1998: 20). Insgesamt forderte der Krieg 1 000 zivile Todesopfer. Auf Seite der moldauischen Regierung gab es laut OSZE 231 Tote und 845 Verwundete, auf transnistrischer Seite ist von 600 bis 700 Toten und 3 500 Verletzten die Rede (vgl. Feichtinger 2006: 141). An den kriegerischen Auseinandersetzungen waren sowohl auf moldauischer als auch auf transnistrischer Seite zahlreiche Freiwillige involviert, darunter viele Ex-Häftlinge. In Bender zogen des öfteren betrunkene Freiwillige durch die Straßen, wobei in manchen Fällen ziellos in Wohngebieten herum geschossen wurde (vgl. Memorial 1992).

„Countless crimes were committed against civilian population. Significantly, criminals didn't seem to care to which side of the conflict their victims belonged.“ (Memorial 1992)

Auch einzelne Fälle von sexueller Gewalt gegen Frauen werden genannt, doch ist deren Ausmaß schwer einzuschätzen. Untersuchungen hierzu haben laut Claus Neukirch nicht stattgefunden.¹¹ Jedoch ist davon auszugehen, dass Frauen durchaus mit Gewalt konfrontiert waren, insbesondere in Bender, aber auch in im Umkreis der Stadt liegenden Dörfern, wo die Zivilbevölkerung mit moldauischen und transnistrischen Streitkräften konfrontiert war. Die russische Menschenrechtsorganisation „Memorial“ berichtet auch von Terror gegenüber als nicht loyal eingestuften BewohnerInnen Transnistriens. Ebenfalls ist zu erwähnen, dass sich die Kriminalitätsrate durch die extreme Militarisierung in der Region dramatisch erhöhte. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1992 wurden in Bender 50 Morde registriert, während der jährliche Durchschnitt sonst bei 15 Fällen lag (vgl. Memorial 2002).

Im Laufe des Konflikts wurden über 16 000 Feuerwaffen an Freiwillige in Transnistrien verteilt, deren Entwaffnung sich nach Beendigung der Kampfhandlungen als problematisch erwies. Auch wurden Ermittlungen gegen von Freiwilligen begangenen Menschenrechtsverletzungen laut „Memorial“ in der Regel nicht abgeschlossen (vgl. Memorial 1992). Da Transnistrien nicht nur über

¹⁰ Interview mit OSZE-Pressesprecher Claus Neukirch, am 25.07.2007

¹¹ Ebd.

Waffenlager aus sowjetischer Zeit verfügt, sondern angeblich auch als Umschlagplatz für illegalen Waffenhandel (ob es Beweise hierfür gibt, ist umstritten) dient, ist die Sicherheit der Bevölkerung auch aktuell als sehr kritisch einzuschätzen¹² (vgl. Gabanyi 2005: 26; Buttin 2007: 5f; Kliment 2005: 72). Auch wenn seit der Unterzeichnung des Waffenstillstands keine gewalttätigen Auseinandersetzungen mehr stattgefunden haben, schließen einige ExpertInnen die Wiederaufnahme von Kampfhandlungen nicht aus (vgl. Int. Crisis Group 2003: 20).

Was die Kriegsbeteiligung von Frauen betrifft, liegen in Bezug auf die moldauische Seite keine konkreten Informationen vor. Es ist zwar nicht anzunehmen, dass Frauen direkt an den Kampfhandlungen partizipierten, deshalb sollte jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sie in irgendeiner Form – beispielsweise im medizinischen und logistischen Bereich – am Krieg beteiligt waren. Auf transnistrischer Seite meldeten sich auch Frauen als Freiwillige, wobei jedoch keine konkreten Zahlen genannt werden können. Die PMR brüstet sich damit, dass Frauen für ihr Land in den Krieg gezogen sind. Doch auch hier ist die Form der Kriegsbeteiligung nicht eindeutig einzuschätzen. Laut Claus Neukirch waren Frauen beispielsweise daran beteiligt, Waffen von russischen Truppen zu organisieren.¹³

4. Welche Auswirkungen haben die Ereignisse auf die Institutionen?

Laut Kristina Abiala hat der Transformationsprozess in der RM zur Reaktivierung traditioneller Werte geführt, welche die Möglichkeiten und Chancen von Frauen einschränken. Im selben Moment habe sich ein Mythos von der starken moldauischen Frau gebildet, die nicht nur für den Zusammenhalt der Familie, sondern auch für das Beibehalten der Traditionen Sorge zu tragen hat (vgl. Abiala 2006: 93f). Hatte in der Sowjetunion eine Verlagerung vom Privaten ins Öffentliche stattgefunden, ohne patriarchale Definitionen von Männlichkeit und Weiblichkeit wahrhaftig in Frage zu stellen, so war nach Auflösung der SU der gegenteilige Prozess zu beobachten: Nun wurden zuvor im öffentlichen Bereich regulierte Aufgaben in die Privatheit verlagert, wobei die im Sozialismus verschleierte traditionellen Geschlechterbilder zunehmend betont wurden. Somit ist in der RM ein dichotomes Frauenbild entstanden, das einerseits die starke Frau als natürliche Bewahrerin der Familie und der Nation anpreist, andererseits jedoch Frauen als naive Opfer von sexueller Ausbeutung ansieht (vgl. Ebd.: 105). Dieses Frauenbild hat auf soziokulturelle, politische, militärische und wirtschaftliche Institutionen maßgeblichen Einfluss und kann sowohl in Bezug auf den Transformationsprozess als auch in Bezug auf den Konflikt gelesen werden.

¹² Laut Anneli Ute Gabanyi sind auch Organisationen wie die Hamas, Hezbollah und al-Qaida an solchen Geschäften beteiligt (vgl. Gabanyi 2005: 26).

¹³ Ebd.

4.1 Soziokulturelle Institutionen

Familie

Die private Sphäre der Familie bildet den Ort, an dem die negativen Auswirkungen der Transformation auf alltäglicher Basis verhandelt werden (vgl. Karadenizili 2002: 26). Die extreme Zunahme von häuslicher Gewalt – oft in Kombination mit Alkoholmissbrauch –, aber auch allgemein die Zunahme von zwischenmenschlichen Konflikten und die sukzessive Auflösung der traditionellen Großfamilie¹⁴ hat diese Institution schwer erschüttert, ohne dass jedoch stereotype Geschlechterrollen in Frage gestellt werden.

Bezeichnend hierfür ist, dass für Frauen eine Heirat schon ab 16 Jahren, für Männer jedoch erst ab 18 Jahren erlaubt ist (vgl. CEDAW 2006a: 7). Die Mehrheit der Frauen heiratet im Alter zwischen 20 und 24 Jahren (11 005 im Jahr 2004), wobei der Durchschnitt bei 22 Jahren liegt. Jedoch ist festzustellen, dass mehr Frauen im Alter zwischen 16 und 19 Jahren (5 294 im Jahr 2004) heirateten als im Alter zwischen 25 und 29 Jahren (3 141 im Jahr 2004). Hingegen sind 2004 nur 861 Männer im Alter zwischen 16 und 19 Jahren eine Heirat eingegangen. Zwischen 1999 und 2004 hat sich die Scheidungsrate stark erhöht: von 8 913 Scheidungen (bei 23 524 Heiraten) auf 14 918 (bei 25 164 Heiraten) (vgl. Statistica Moldovei 2005: 19f).

Frauenorganisationen weisen in einem Schattenbericht zur Implementierung der CEDAW wiederholt auf die Doppelbelastung von Frauen hin, die sowohl Erwerbs- als auch Reproduktionsarbeit leisten und laut Umfragen durchschnittlich zwischen 70 und 80 Stunden wöchentlich arbeiten. Männer hätten im Vergleich 150 Prozent mehr an Freizeit (vgl. Burca 2006: 21).

Zuletzt sei noch angemerkt, dass Frauen in der RM im Vergleich zu Männern auffällig weniger häufig Selbstmord begehen als Männer, deren Anteil an den Suiziden im Schnitt fünf mal größer ist (vgl. Statistica Moldovei 2005: 16).

Häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt wird als eine der größten Problematiken in der moldauischen Gesellschaft angesehen. Laut einer von FWOM geführten Umfrage erklärten 98,6 Prozent der Befragten, von häuslicher Gewalt betroffen zu sein. 70 Prozent der Befragten denken, dass die Gesellschaft häusliche Gewalt als „*normal state of affairs*“ ansieht und 52 Prozent gaben an, Opfer von häuslicher Gewalt zu kennen (vgl. Moldova Anti-Trafficking & Gender Network 2007). Vor allem wurde in der Vergangenheit auf den Zusammenhang zwischen häuslicher Gewalt und Menschenhandel hingewiesen: Laut La Strada waren 71 Prozent der zwischen 1998 und 2004 von

¹⁴ Seit 2000 liegt die durchschnittliche Geburtenrate bei 1,2 bzw. 1,3 Kindern. In ländlichen Gegenden liegen die Werte etwas höher (vgl. Statistica Moldovei 2005: 11).

der NGO registrierten Opfer von Menschenhandel in ihrem sozialen Umfeld Gewalt ausgesetzt (vgl. La Strada Moldova 2005: 24). Jedoch ist es problematisch, dass häusliche Gewalt in erster Linie ausgehend vom Kampf gegen Menschenhandel bekämpft wird. Da das Thema Menschenhandel aktuell so prominent diskutiert wird, werden andere Formen von Gewalt gegen Frauen und die Problematik als solche leicht übergangen.

Anfang März 2007 verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt in der Familie. Dass dabei von Gewalt in der Familie und nicht von häuslicher Gewalt die Rede ist, ist problematisch. So wird als Ziel dieses Gesetzes unter anderem der Schutz und die Konsolidierung der Familie genannt (vgl. CEDAW 2006b: 6). Dies bedeutet, dass häusliche Gewalt im Falle von Lebensgemeinschaften oder sonstigen Formen des Zusammenlebens nicht direkt adressiert wird. Die Minnesota Advocates for Human Rights bemängeln in einem Kommentar zum Gesetzesentwurf unter anderem, dass die Sicherheit der Opfer und die Verfolgung der TäterInnen nicht klar im Mittelpunkt des Gesetzes stehen. So sollte die sichere Unterbringung von Opfern nicht auf drei Monate beschränkt werden. Auch sollte sichergestellt werden, dass solche Maßnahmen nur mit Einwilligung der Betroffenen ergriffen werden. Ebenso wird kritisiert, dass vor allem psychologische Aspekte von häuslicher Gewalt in den Mittelpunkt gerückt werden und psychosoziale Zentren für die Rehabilitation der Opfer vorgesehen sind. So wird nämlich suggeriert, dass die Opfer ihr Verhalten in irgendeiner Weise ändern sollten. Auch sollte im Gesetz sichergestellt werden, dass Betroffene nicht von ihren Kindern getrennt werden. Ebenso sei die Definition von Gewalt viel zu eng gefasst und es seien keine Sanktionen für die Verletzung schützender Maßnahmen vorgesehen (vgl. Minnesota Advocates for Human Rights 2006). Auch das CEDAW-Komitee äußerte sich zum Teil kritisch über den Gesetzesentwurf und zeigte sich besorgt darüber, dass Vergewaltigung innerhalb der Ehe nicht ausreichend berücksichtigt wird (vgl. CEDAW 2006a: 4).

Betroffene von häuslicher Gewalt leben unter ständiger Bedrohung und somit in einer permanenten Stresssituation, woraus oft langfristige chronische Gesundheitsprobleme resultieren (vgl. Martinez 2004: 57f). Durch Gewalterfahrungen traumatisierte Frauen werden laut Eva Szeli oft als psychisch gestörte Personen identifiziert, wodurch sich ihre Verletzbarkeit vergrößert. So stellen Frauen mit mentaler Behinderung die wohl am meisten gefährdete Subgruppe dar, wenn es um Gewalt und Missbrauch geht. In den osteuropäischen Ländern steht solchen Personen oft keine Unterstützung zur Verfügung (vgl. Szeli 2004: 117f).

„In such settings, they are subject to a horrific array of physical and sexual violence (including violence at the hands of those entrusted with their treatment and care) and other forms of systematic abuse.“ (ebd.: 118)

Gewalt stellt somit ein Phänomen dar, das Personen aus Randgruppen besonders betrifft. Dabei sind auch unterschiedliche Formen der Gewalt zu unterscheiden. Nicht nur physische und sexuelle, auch Formen sozialer, ökonomischer und psychologischer Gewalt beeinträchtigen das Leben der Betroffenen in hohem Maß. So gaben in einer von Winrock geführten Studie Opfer von Gewalt 20 Mal öfter an, nicht mit Respekt bzw. als gleichberechtigter Mensch behandelt zu werden (vgl. Winrock Int. 2005: 66). Oft erfolgt häusliche Gewalt in Kombination mit Alkoholmissbrauch. Dies soll das Verbrechen in keiner Hinsicht relativieren, jedoch weist dieser Umstand darauf hin, dass Gewalt zum Ventil für Problemlagen wird, was allzu oft auf Kosten von Frauen (und auch Kindern) erfolgt. Aber es sind nicht nur missliche soziale und ökonomische Umstände, sondern vor allem auch stereotype Geschlechterbilder mit im Spiel. So wird häusliche Gewalt oft als Privatsache und Familienproblem angesehen. In der von Winrock International gemachten Studie gaben beispielsweise 20 Prozent der Befragten an, Frauen seien das Eigentum von Männern. Auch gaben 44 Prozent der Betroffenen von häuslicher Gewalt an, nicht nach Hilfe gesucht zu haben, da dies eh vergeblich sei. 10 Prozent der Befragten antworteten, sie seien „solche Dinge“ gewohnt (vgl. ebd.: 109). In solchen Antworten spiegelt sich die Tatsache wieder, dass häusliche Gewalt in der RM in erster Linie in Bezug auf die Familie und weniger in Bezug auf die spezifische Situation von Frauen als Betroffene struktureller Diskriminierung diskutiert wird. Dies ist als zusätzlicher problematischer Faktor einzuschätzen.

Die Orthodoxe Kirche

Die von der Kontrolle durch das kommunistische Regime befreite Russisch-Orthodoxe Kirche wurde in der ehemaligen SU bald zu einem neuen sozialen und politischen Einflussfaktor. So kam es in den 1990er Jahren zu einem regelrechten Boom an Religiosität. Der steigende gesellschaftliche Einfluss der Russisch-Orthodoxen Kirche als moralische Autorität stärkte konservative Haltungen, vor allem auch in Bezug auf Diskussionen rund um Abtreibung, Sexualpädagogik, Homosexualität, Gender Rollen, Familie und Gewalt (vgl. Štulhofer 2005: 6f). Diese Diskurse beeinflussen wohl auch die Situation in der RM und in Transnistrien: Zum einen durch die auf Russland ausgerichtete kulturelle Orientierung vieler RussInnen, zum anderen über die Verbindung der Russisch-Orthodoxen und der Moldauisch-Orthodoxen Kirche.

Erst internationaler Druck hat in vielen Ländern der Ex-UdSSR dazu geführt, dass Homosexualität dekriminallisiert wurde, oft wurde dies als „Eintrittskarte“ für die Aufnahme in internationale Organisationen toleriert (vgl. ebd.: 13). Mit der Legalisierung von Homosexualität wurde der Diskriminierung von Schwulen und Lesben jedoch bei weitem kein Ende bereitet: Die moldauische NGO Gender DocM wurde in den letzten Jahren immer wieder davon abgehalten, eine Gay-Pride-Demonstration in Chişinău zu veranstalten. Auch werden in Moldau homosexuelle Jugendliche

oftmals von ihren Eltern aufgefordert, die Familie zu verlassen. Der Ausschluss von Familien mit homosexuellen Personen aus der Dorfgemeinschaft kam ebenso vor. Die Polizei drohte Schwulen und Lesben, sie zu outen und erpresste sie somit.

In Transnistrien ist Homosexualität illegal, Schwule und Lesben werden von der Regierung und der Gesellschaft diskriminiert (vgl. U.S. Department of State 2007a).

Gesundheit

Der Transformationsprozess hatte erhebliche Auswirkungen auf die gesundheitliche Situation von Frauen. Durch die Erosion sozialer Leistungen wurde der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen erheblich eingeschränkt. Zwar sind inzwischen einige Jahre vergangen, doch hat sich die Situation nicht maßgeblich verbessert, da viele Frauen aktuell im informellen Sektor beschäftigt und somit nicht sozial abgesichert sind. Doch auch andere Faktoren beeinflussen die Gesundheit von Frauen, beispielsweise der gesellschaftliche Umgang mit Themen wie Familienplanung oder Sexualpädagogik. So stellt Abtreibung in der RM ein weit verbreitetes Verhütungsmittel dar. Laut einem Bericht der „International Helsinki Federation for Human Rights“ aus dem Jahr 2000 wurden Kondome nur von sechs Prozent der sexuell aktiven Bevölkerung benutzt, nur zwei Prozent nutzten oral einnehmbare Verhütungsmittel (vgl. Int. Helsinki Fed. for Human Rights 2000: 315). In der SU waren viele Verhütungsmittel nicht zugänglich, jedoch war Abtreibung erlaubt, weshalb viele Frauen zu dieser Option griffen. Dies hat sich aktuell noch nicht geändert (vgl. CEDAW 2006a: 6). In diesem Kontext ist es sehr problematisch, dass die moldauische Regierung es nicht erlaubt, Sexualpädagogik an den Schulen zu institutionalisieren (vgl. Burca 2006: 26). Diesem Vorhaben wird jedoch auch innerhalb der Gesellschaft oft mit starker Ablehnung begegnet. Dabei ist die AIDS-Rate ständig im Steigen begriffen, zwischen 1987 und 2005 infizierten sich 2 169 Personen, wovon 60,6 Prozent der Infektionen über sexuellen Kontakt erfolgten. Dabei sind zunehmend auch schwangere Frauen von AIDS betroffen (vgl. CEDAW 2006b: 30). Insgesamt stieg die Rate sexuell übertragbarer Krankheiten zwischen 1989 und 1996 um das 25-fache an (vgl. Int. Helsinki Fed. for Human Rights 2000: 316).

Sowohl Kindersterblichkeit als auch Müttersterblichkeit sind im Vergleich zum EU-Durchschnitt sehr groß, obwohl seit 2001 laut UNDP Verbesserungen konstatiert werden konnten: So sank die Kindersterblichkeit von 18,3 (pro 1 000 lebenden Geburten) im Jahre 2000 auf 12,4 im Jahre 2005. Im Vergleich betrug die Kindersterblichkeit 1994 23,9 Prozent. Laut dem Gender Gap Index 2006 des World Economic Forum betrug die Kindersterblichkeit 2006 jedoch 16 pro 1 000 Geburten, was einen rückläufigen Trend abzeichnet. Dasselbe gilt für die Müttersterblichkeit, die laut Gender Gap Index im Jahre 2006 36 (pro 100 000 lebenden Geburten) betrug. 2005 betrug die Rate laut UNDP 18,6, wonach sich die Müttersterblichkeit in einem Jahr verdoppelt hat. Beträchtliche

Schwankungen gab es hier jedoch auch zwischen 2000 (27,1) und 2001 (43,9) (vgl. UNDP 2006: 8, 13, 66, 67; World Economic Forum 2006). Die Müttersterblichkeit ist unter Frauen aus ländlichen Gegenden am größten, auch hat Müttersterblichkeit aufgrund illegaler Abtreibungen zugenommen (vgl. CEDAW 2006a: 6).

In ihrer Beantwortung der vom CEDAW-Komitee gestellten Fragen spricht die Regierung der RM in Bezug auf den Gesundheitsbereich in erster Linie von Müttern. Unabhängig vom Thema Mutterschaft werden keine frauenspezifischen Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Frauen genannt. Auch von Familienplanung ist nicht die Rede. Somit kann festgestellt werden, dass auch in diesem Bereich traditionelle Gender Bilder problematische Folgen haben (vgl. CEDAW 2006b). Auch spricht die Regierung davon, dass beispielsweise nicht immer fließendes warmes Wasser in Krankenhäusern vorhanden ist (ebd.: 23). Die Situation scheint somit recht kritisch zu sein.

4.2 Politische Institutionen

Im Februar 2006 verabschiedete das moldauische Parlament ein Gesetz über gleiche Chancen für Frauen und Männer, welches jedoch weder Mechanismen zur Implementierung noch zur Sanktionierung vorsieht (vgl. CEDAW 2006a: 3). So wurde eine von der Regierung vorgeschlagene verbindliche Quote von 30 Prozent im Parlament nicht angenommen (vgl. Burca 2006: 8). Bei den Parlamentswahlen 2005 zogen 21 Frauen (von insgesamt 101 Abgeordneten) ins Parlament und eine Ministerin (von insgesamt 15) sowie fünf Vizeministerinnen (von insgesamt 26) in die Regierung ein. Der Anteil von Frauen in politischen Ämtern bleibt somit gering. Erwähnenswert jedoch ist, dass seit Jahren eine Frau Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes ist. Auch hat aktuell eine Frau das Amt des Vizepremiers inne. Auf lokaler Ebene jedoch gibt es von insgesamt 32 nur eine Präsidentin, in den kommunalen Gremien beträgt der Frauenanteil 14,8 Prozent (vgl. Statistica Moldovei 2005: 7). Anzumerken gilt, dass bei den Parlamentswahlen im Jahr 1994 eine Frauenpartei – „Association of Women“ – kandidiert hat, jedoch mit 2,8 Prozent der Stimmen keine Sitze erreichen konnte. Diese Partei ist aus Frauenorganisationen in der Sowjetzeit hervorgegangen, war jedoch nicht sonderlich erfolgreich und scheint schon seit längerer Zeit nicht mehr aktiv zu sein (vgl. Ishiyama 2003: 281, 302).

Frauen-NGOs stellen in ihrem Schattenbericht zur CEDAW-Implementierung fest, dass von der Einführung eines nationalen Gender Mechanismus aufgrund mangelnder finanzieller und personeller Ressourcen nicht die Rede sein kann. Zudem wurden die im Gesetz über Chancengleichheit vorgesehenen „Gender Focal Points“ aufgrund fehlender Ressourcen geschlossen. Auch wollte die Regierung auf Anraten des CEDAW-Komitees einen Ombudsman im Parlament installieren, was von diesem jedoch – in erster Linie wegen mangelnder Ressourcen –

abgelehnt wurde (vgl. Burca 2006: 8). So bleibt die Politik der moldauischen Regierung meist deklarativ, ohne dass tatsächlich Maßnahmen getroffen werden.

Laut Elenor Richter-Lyonette rüttelt Gender Arbeit nicht nur an den Glaubenssystemen derer, für die gearbeitet wird, sondern auch an jenen derer, die diese Arbeit voranzutreiben versuchen (vgl. Richter-Lyonette 2004: 271). Dies trifft wohl auch auf die RM zu, die sich – wie auch alle anderen Länder, in denen die Frage von Geschlechtergerechtigkeit noch nicht geklärt ist – in dieser Hinsicht in einem ständigen Lernprozess befindet. Dieser wird in der RM maßgeblich von internationalen AkteurInnen beeinflusst, was auch problematisch sein kann. Dies, da externe Impulse oft unabhängig vom innermoldauischen Kontext kreiert werden (vgl. Abiala 2006: 105).

Transnistrien

Laut PMR sind im transnistrischen Parlament (insgesamt 43 Sitze) Frauen vertreten, jedoch gibt es keine genaue Zahlen dazu (PMR Website 2007d). Die Selbstdarstellung der PMR suggeriert, dass Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft aktiv mitwirken, sei es in der Volksmiliz oder in der Politik. Leider gibt es zur Situation von Frauen in Transnistrien meines Wissens nach keine einschlägige Literatur, auf deren Basis diese Darstellung überprüft werden könnte. Jedoch scheint Igor Smirnov seit Jahren mit einer in der transnistrischen Gesellschaft sehr prominenten Frau – Anna Volkova – zusammenzuarbeiten. Volkova spielte seit Anfang der 1990er Jahre eine zentrale Rolle in der Sezessionsbewegung, ist Historikerin und Parlamentsabgeordnete und leitete die transnistrische Delegation bei der Gründung des „Rats der Landsleute“ in Moskau (vgl. Tiraspol Times 2007; Büscher 2004: 178).

Auch in der Jugendbewegung Proriv („Breakthrough“) sind – so legt deren Homepage nahe – viele Frauen an zentraler Stelle tätig, beispielsweise Alena Arshinova, Direktorin von Proriv, oder Olga Paterova, Pressechefin der Organisation (vgl. Proriv Website 2007). Die sich als internationale Jugendorganisation bezeichnende Bewegung ist bekannt für ihre anti-moldauischen und anti-westlichen Ansichten und auch dafür, direkte Anweisungen von oben zu bekommen (vgl. Der Spiegel 2005; Int. Crisis Group 2007: 86).

4.3 Militärische Institutionen

„Although no armed clashes have occurred since the Moscow Agreement of 21 July 1992, an operation including the conflicting parties not only runs counter to the idea of traditional peacekeeping but is also potentially dangerous. A change in format is essential.“ (Int. Crisis Group 2003: 20)

Die NGO „International Crisis Group“ weist darauf hin, dass die Arbeit der unter russischem

Kommando stehenden trilateralen „Joint Peacekeeping Force“ in problematischer Hinsicht mit dem beim OSZE-Gipfel in Istanbul im Jahr 1999 vereinbarten und noch immer nicht vollzogenen Abzug der 14. russischen Armee verknüpft ist. Entgegen der im Waffenstillstand festgelegten Vereinbarungen rekrutiert Russland seine im Rahmen der „Joint Peacekeeping Force“ in Transnistrien stationierten Soldaten aus der „Operational Group of the Russian Forces in the Transdnestrian Region of Moldova“ (OGRF) – der ehemaligen 14. sowjetischen bzw. russischen Armee. Somit wird deren Abzug zusätzlich erschwert. Russische Aspirationen, die OGRF im Rahmen der Friedensmission einzusetzen, um einen Abzug zu umgehen, sind laut Crisis Group sehr problematisch. Hingegen solle sich Russland gemeinsam mit der EU in einer Friedensmission mit OSZE-Mandat engagieren, wobei der EU – auch gegenüber der OSZE – die Kontrolle obliegen sollte. Eine solche auch für andere OSZE-Mitglieder offene Friedensmission sei einem NATO-Engagement aus selbsterklärenden Gründen vorzuziehen. Es könne nämlich kaum davon abgesehen werden, dass Russland eine zentrale Rolle im Friedensprozess spielt (vgl. Int. Crisis Group 2003: 21f).

Aktuell jedoch ist der Einsatz einer solchen internationalen Friedenstruppe weit entfernt. Es ist schwierig darüber hinwegzusehen, dass das Moskauer Abkommen tendenziell zugunsten Transnistriens ausgefallen ist (vgl. Benkö 2005: 7). Seit Ende der Kampfhandlungen kontrolliert die PMR den transnistrischen Abschnitt der ukrainisch-moldauischen Grenze, ebenso ihre Seite der innermoldauischen Grenze. Die RM ist somit gezwungen ihre Grenzen von ukrainischer Seite aus zu sichern. Dies wurde von Kiev jedoch trotz mehrmaliger Anfragen abgelehnt (vgl. Int. Crisis Group 2007: 99). Somit ist Transnistrien jeder Kontrolle entzogen und illegalen Tätigkeiten kaum ein Riegel vorgeschoben. Zudem befinden sich in Transnistrien immer noch erhebliche Bestände sowjetischer Waffenlager. Zwar besteht kein Konsens darüber, wie ernst etwa Spekulationen rund um die illegale Herstellung von Waffen und deren Verkauf an terroristische und sonstige Gruppierungen aus der Gegend zu nehmen sind, jedoch muss klar sein, dass friedensstiftenden Maßnahmen in einem solchen Kontext viel zu enge Grenzen gesetzt sind (vgl. Buttin 2007: 17f). Ebenso hat eine solche Situation direkte Folgen für die Situation von Frauen, beispielsweise indem durch die unsicheren Grenzen Menschenhandel unterstützt wird. Seit 2005 ist eine „EU Border Assistance Mission“ im Einsatz (EUBAM), welche die moldauischen Grenzbeamten unter anderem im Kampf gegen Menschenhandel unterstützt. Jedoch hat die EUBAM keine exekutiven Vollmachten (vgl. Int. Crisis Group 2007: 91).

Transnistrien

Die PMR verfügt über eine 4 500 Mann starke Armee, 5 000 innere Truppen und im Falle einer Mobilisierung 14 000 Personen Volksmiliz (vgl. Benkö 2005: 6). Laut eigenen Angaben könnten

15.000 Personen mobilisiert werden, „*if ever Moldova decides to rattle its saber again...*“ (vgl. PMR Website 2007f). So gibt die PMR ein verzerrtes Bild von der RM, die im Falle einer militärischen Auseinandersetzung wohl (wiederum) weit unterlegen wäre. Im so genannten freiwilligen Wachbataillon der „BürgerInnen“ Transnistriens („Voluntary Citizens' Home Guard“), das für alle BewohnerInnen Transnistriens offen ist und regelmäßig für einen möglichen Kampfeinsatz trainiert, finden sich laut PMR sogar „*grey-haired elderly 'babushkas'*“ (ebd.). Dass Frauen durchaus aufgefordert sind, sich im Umgang mit Waffen zu üben, hat in Transnistrien insofern Tradition, als dass auch im Rahmen der kriegerischen Auseinandersetzungen im Jahr 1992 Frauen auf Seiten der Freiwilligen beteiligt waren. Beispielsweise besetzten Frauen im November 1990 in Dubossary einige Stunden lang moldauische Institutionen, woraufhin es erstmals zu ernsthaften Konfrontationen mit der moldauischen Polizei kam. Dabei wurden laut „Memorial“ drei Personen getötet und 13 verletzt (vgl. Memorial 1992).

Das transnistrische Regime unterstreicht immer wieder die Rolle von Frauen für die Unabhängigkeit Transnistriens und dessen „Erfolgsgeschichte“. Der „Präsident“ der PMR, Igor Smirnov, wird auf der Homepage der PMR als von Frauen befreiter politischer Gefangener vorgestellt: Im August 1991 hätten an die tausend Frauen in einem friedlichen Protest Zugstrecken in Richtung Odessa und Moskau besetzt und somit Smirnov zur Befreiung verholfen, der auf einer Auslandsreise vom moldauischen Geheimdienst festgenommen und in Chişinău inhaftiert worden war (vgl. PMR Website 2007a). Ziviler Ungehorsam ist ein Mittel, das eine Gruppe namens „Verteidigung Transnistriens“ laut Claus Neukirch immer wieder einsetzt. Dabei handle es sich um Gruppierungen von Personen, meist ältere Frauen, die in der Vergangenheit beispielsweise Demonstrationen vor moldauischen Schulen oder – wie im Falle der „Befreiung Smirnovs“ – Blockaden von Gleisen zum Protest gegen den Abtransport von Material aus den ex-sowjetischen Waffenlagern organisiert haben.¹⁵ In Bezug auf solche patriotische Aktionen wird die Handlungsfähigkeit von Frauen unterstrichen, jedoch bleibt diese dem Narrativ der Verteidigung des Heimatlands untergeordnet. Dieses ist mit zahlreichen stereotypen Geschlechterbildern verknüpft. Dementsprechend finden sich auch PMR-Berichterstattungen mit Bildern von Frauen, die weiße Blumen auf Kriegsdenkmäler legen, um die „Märtyrer“ und „Helden“ Transnistriens zu ehren:

„Love, not war, is what the women of Pridnestrovie are saying by carrying white flowers to the graves of those who were murdered when Moldova tried to invade the nation in 1992. Standing up for their country's right to determine its own future, feminists and other

¹⁵ Interview mit OSZE-Pressesprecher Claus Neukirch, am 25.07.2007

activists in Pridnestrovie say yes to peace and no to the use of force in any way, shape or form.“ (PMR Website 2007b)

Ganz anders die Darstellung der moldauischen Seite, welcher massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. So ist auch immer wieder von Vergewaltigungen die Rede, wobei Frauen als Opfer dargestellt und für Propagandazwecke in ihrer Rolle als Opfer instrumentalisiert werden (vgl. PMR Website 2007c). Fraglich bleibt, wie die Situation für Frauen in einem derart militarisierten Gebiet wie Transnistrien auf täglicher Basis aussieht. Diese Frage stellt sich auch in Hinblick auf die „Joint Peacekeeping Force“, der laut Claus Neukirch – wie auch allgemein in Transnistrien im militärischen Bereich tätigen AkteurInnen – gendersensible Ansätze gänzlich unbekannt sind.¹⁶ Dies ist problematisch, da Soldaten die Gender Ordnung in Nachkriegsgesellschaften maßgeblich mitgestalten (vgl. Eifler 2004: 253).

Republik Moldau

Zwar wurden an der moldauischen Polizeiakademie Anti-Trafficking-Kurse institutionalisiert, jedoch werden Frauen dort kaum aufgenommen (vgl. Burca 2006: 12). So finden sich in den höheren Reihen der Sicherheitskräfte in der Regel keine Frauen. Eine Ausnahme bildet eine Polizeioffizierin, die im Rahmen der gegen Menschenhandel getroffenen Maßnahmen vom Innenministerium angestellt wurde.

„[...] on the one hand this could be seen as beneficial to the trafficked women; however, if corruption is widespread [including within the police] the female officer risks getting the role of an alibi [...].“ (Abiala 2006: 97)

So sind auch unter den moldauischen Polizei- und Sicherheitskräften gendersensible Ansätze kaum vorzufinden. Dies ist in Bezug auf den Kampf gegen Menschenhandel und gegen häusliche Gewalt problematisch, da in beiden Fällen der Perspektive der betroffenen Frauen die oberste Priorität zukommen sollte. Hingegen berichten Frauen-NGOs immer wieder davon, dass die Polizei Vorfälle häuslicher Gewalt nicht ernst nehmen und vielmehr als private Angelegenheit ansehe (vgl. Hunt 1997: 3, 4). Polizei- und Sicherheitskräfte in Bezug auf das Thema Gewalt gegen Frauen – insbesondere sexuelle Gewalt – zu sensibilisieren, ist ein Projekt, das erst am Anfang steht. Dies verdeutlichen die Erfahrungen, die im Rahmen einer UNDP-Kampagne zur Prävention von HIV/Aids gemacht wurden. So berichtet UNDP Moldova, dass die Mehrheit der in einem zur Prävention von HIV/Aids organisierten Programm involvierten Soldaten aus einem Umfeld stammt, indem das Thema Sex ein Tabu darstellt. Ebenso sei es für viele Soldaten zuvor unvorstellbar

¹⁶ Ebd.

gewesen, im Falle gesundheitlicher Beschwerden einen Arzt aufzusuchen (vgl. UNDP Website 2007). Solche Haltungen stehen mit gewissen Ideen von Männlichkeit in Verbindung, die Männern ein bestimmtes Verhalten nahe legen.

4.4 Wirtschaftliche Institutionen

Seit der Auflösung der SU hat sich die wirtschaftliche Situation der RM nicht maßgeblich verbessert. Auch wenn 2005 im Vergleich zum Jahr 2000 (67,8 Prozent) nur mehr 29 Prozent der Bevölkerung in Armut leben, gilt Moldau noch immer als ärmstes Land Europas (vgl. UNDP 2006: 8). Der ungeklärte Status Transnistriens und dessen nunmehr seit 15 Jahren andauernde Abspaltung von der jungen Republik beeinträchtigen Moldaus Entwicklung maßgeblich. Laut dem moldauischen Präsidenten Vladimir Voronin könne das Land nicht auf eine ökonomische Verbesserung der Situation hoffen, solange Smirnovs Regime nicht beseitigt ist (vgl. Löwenhardt 2004: 105). Insofern hat nicht nur der Systemwandel, sondern auch der bisher ungelöste Transnistrienkonflikt erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Institutionen des Landes. Zu den gravierendsten Problemlagen zählen Armut, das Anwachsen des informellen Sektors, Arbeitslosigkeit, die Vergrößerung sozialer Ungleichheit, gesellschaftliche Fragmentierung, der Niedergang öffentlicher Institutionen im Gesundheits- und Bildungsbereich, die Ausbreitung krimineller Aktivitäten, die Senkung der Mindestlöhne und geringe soziale Sicherheit. All diese Phänomene betreffen Frauen auf spezifische Weise (vgl. Karadenizili 2002: 34). Jedoch betrifft die so genannte „Feminisierung der Armut“ nicht alle Frauen im selben Ausmaß, beispielsweise sind Frauen auf dem Land, Alleinerziehende, behinderte Frauen, Roma und ältere Frauen besonders davon betroffen (vgl. CEDAW 2006a: 4). Doch kann allgemein festgestellt werden, dass Frauen trotz ihres durchschnittlich hohen Bildungsniveaus vor allem in prekären Branchen tätig sind (vgl. ebd.: 6). So kommt Frauen ein überproportional großer Teil der Kosten des Systemwandels zu, während ihr Zugang zu Chancen gering bleibt (vgl. Ruminska-Zimny 2002: 17). Beispielsweise ist die weibliche Beteiligung an Entscheidungspositionen in Unternehmen und im finanziellen Sektor sehr gering.

„This implies that women have little or no influence on the process of redistribution of wealth and economic resources that is now under way.“ (Karadenizili 2002: 31)

Hingegen dienen Frauen in den Ländern der Ex-UdSSR vermehrt als billige Arbeitskräfte im Gesundheits- und Bildungsbereich bzw. leisten unbezahlte Reproduktionsarbeit, die in der SU (teils) von staatlicher Seite organisiert wurde (vgl. Dokmanovic 2002: 16). Frauen können somit als Verliererinnen des wirtschaftlichen Transformationsprozesses bezeichnet werden. Bisher wurde ihr

ökonomisches Potential kaum zur Kenntnis genommen.

Arbeitsmarkt

Dass Frauen nach 1989 plötzlich vom Arbeitsmarkt verschwanden, wurde laut Ewa Ruminska-Zimny als Erleichterung für die massive Arbeitslosigkeit von Männern und für den Rückgang des Wohlfahrtsstaats angesehen (vgl. Ruminska-Zimny 2002: 18). Aktuell sind jedoch mehr Frauen als Männer erwerbstätig. So stellten Frauen im Jahr 2004 53 Prozent der in der RM aktiv arbeitenden Bevölkerung¹⁷ (vgl. Burca 2006: 31). Jedoch konzentriert sich ihre Tätigkeit auf bestimmte, tendenziell schlecht bezahlte Sektoren, beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie in der Textilindustrie – Branchen, die als „Frauenberufe“ angesehen werden. So ist der Einfluss von stereotypen Geschlechterbildern am moldauischen Arbeitsmarkt als sehr groß einzustufen. Neben einer sehr resistenten gläsernen Decke sind Frauen in der RM überdies mit einer gesetzlichen Lage konfrontiert, die ihre Partizipation am Arbeitsmarkt einschränkt. Der im Jahre 2003 geänderte Labour Code enthält immer noch problematische Aspekte, die Gender Stereotype reproduzieren: So ist es für Frauen verboten unter harten Bedingungen wie beispielsweise im Bergbau zu arbeiten, es sei denn als Sanitäterinnen. Außerdem ist es werdenden Müttern und Frauen mit Kindern unter drei Jahren nicht erlaubt, auf Geschäftsreisen geschickt zu werden (vgl. Burca 2006: 11).

In einer von FWOM in Chişinău geführten Studie gaben 67 Prozent der Befragten an, ohne Arbeitsvertrag angestellt zu sein. In solchen Fällen fehlt Frauen jedoch der Zugang zu sozialen Leistungen. Dementsprechend haben nur 24,83 Prozent der befragten Frauen im Falle von Krankheit die Möglichkeit, medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen. Frauen-NGOs beklagen außerdem, dass Frauen im Schnitt 25 bis 29 Prozent weniger als Männer verdienen. Vergleicht man zudem das durchschnittliche Einkommen in männlich dominierten Branchen mit jenem von weiblich dominierten, beträgt der Einkommensunterschied mehr als 60 Prozent (vgl. Burca 2006: 14f). Die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt manifestiert sich nicht nur in solch frappanten Unterschieden beim Einkommen, sondern – und dies ist das zugrunde liegende Problem – auch im beschränkten Zugang zu bestimmten Berufsfeldern. Insbesondere im privaten Sektor werden Männer bevorzugt (vgl. Ruminska-Zimny 2002: 18). Auch haben Frauen von den Privatisierungen im Rahmen der Transition zu einer Marktwirtschaft kaum profitiert: Nur ein Prozent der an Unternehmen beteiligten Frauen sind durch die Privatisierung der moldauischen Wirtschaft in diese Position gelangt (vgl. Burca 2006: 18).

Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz – insbesondere sexuelle Belästigung – ist in der RM ein weit verbreitetes Phänomen. Zwar wird sexuelle Belästigung im Gesetz über Chancengleichheit explizit erwähnt, jedoch sind hierfür keine Sanktionen vorgesehen. In einer 2005 durchgeführten Studie gaben 11 Prozent der Befragten an, an ihrem Arbeitsplatz bzw. in der Schule mit

¹⁷ Im Jahr 2004 sind 51,8 Prozent der Bevölkerung Moldaus weiblich (vgl. Statistica Moldovei 2005: 8).

Versprechungen (sechs Prozent), Drohungen (zwei Prozent) oder Zwang (drei Prozent) nach sexuellem Kontakt gefragt worden zu sein. 48 Prozent der Befragten wurden auf „unangebrachte Weise“ angeschaut, 22 Prozent gar auf solche Art und Weise berührt. 46 Prozent wurden ohne Einverständnis geküsst (12 Prozent) bzw. umarmt (32 Prozent), 26 Prozent waren sexistischen Witzen ausgesetzt (vgl. Winrock Int. 2005: 101). Diese Zahlen zeigen auf, dass sexuelle Belästigung ein gravierendes Problem darstellt, das für Frauen nicht nur in ihrer ökonomischen Performance, sondern allgemein für ihre Lebensqualität sehr schädlich ist.

Prostitution

In der SU wurde Prostitution erst im Rahmen der Perestroika zu einem öffentlich diskutierbaren Thema. Zuvor wurden Prostituierte nach Sibirien deportiert, es wurde versucht, Prostitution aus dem öffentlichen Diskurs zu verbannen (vgl. Abiala 2006: 95). Heute wird Prostitution in Moldau als Verwaltungsdelikt angesehen und wird mit Strafen bis zu 30 Tagen Haft bzw. mit Geldstrafen sanktioniert. Eine Legalisierung ist aktuell nicht in Sichtweite. Zwar wurde im Parlament ein Versuch unternommen, das Verbot der Prostitution aufzuheben, jedoch scheiterte dies. Das war eines der wenigen Male, dass Prostitution öffentlich debattiert wurde. Aktuell wird das Thema in Moldau – wenn überhaupt – fast ausschließlich im Kontext von Menschenhandel diskutiert (vgl. Abiala 2006: 94f). Dabei ist in den urbanen Zentren Moldaus die Sexindustrie stetig im Wachsen begriffen.

„Is it their despondency to escape social downfalls or is it biological need? [...] Something has to be done about prostitution in Moldova before it is too late to treat the malice pervading our society.“ (Welcome Moldova o. J.)

Dieses Exzerpt aus einem Artikel eines seit 1994 in Moldau erscheinenden englischsprachigen Magazins zeigt auf, dass Prostitution in Moldau nicht unbedingt als legitime Möglichkeit angesehen wird, seinen Lebensunterhalt zu verdienen.¹⁸ Frauen, die in Moldau als Prostituierte tätig sind, werden laut Geetanjali Gangoli kriminalisiert (vgl. Gangoli 2006: 6). Zwar würde eine Minderheit eine Legalisierung befürworten, jedoch mehr um Steuern einzunehmen als um das Recht von Frauen anzuerkennen, Sex zu verkaufen. So existiere zwischen der Regierung und NGOs ein stillschweigender Konsens darüber, dass Prostitution nicht legalisiert werden sollte. Diese Position werde auch von der internationalen Gemeinschaft unterstützt (ebd.: 14). Bezeichnend hierfür ist eine im Oktober 2004 abgehaltene internationale Konferenz, an der VertreterInnen aus zwölf europäischen Ländern und aus den USA teilnahmen und sich gegen die Legalisierung von

¹⁸ Auch in der feministischen Diskussion sind die Meinungen gespalten, ob Prostitution als legitime Arbeit oder aber als Form des Missbrauchs anzusehen ist (vgl. Gangoli 2006: 2).

Prostitution aussprachen (vgl. Abiala 2006: 101).

Dass solche Diskurse mit Stereotypen verbunden sind, bringt eine Studie aus dem Jahre 2003 zum Ausdruck, in der 48 Prozent der Befragten der Aussage zustimmten, dass es Prostitution immer geben werde, da Männer diese benötigen würden. Dies zeugt laut Kristina Abiala von einer essentialistischen Auffassung von Männlichkeit: Männliche Sexualität wird als nicht eingrenzbarer Gewalt dargestellt. Prostituierte hingegen werden zum einen als das „*unmoralische Andere*“, zum anderen als naive Opfer angesehen (vgl. Abiala 2006: 101/103).

Menschenhandel¹⁹

Die RM ist als Ursprungsland mit 32 verschiedenen Zielländern²⁰, aber auch als Transitland für MenschenhändlerInnen aus der Ukraine und anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion, sehr stark von Menschenhandel betroffen. Auch innerhalb Moldaus werden Menschen gehandelt, vor allem von ländlichen Gegenden in die urbanen Zentren. Zwischen Januar 2000 und Dezember 2004 wurden in Moldau 633 betroffene Personen von IOM registriert und assistiert. Viele wurden Opfer von multipler Ausbeutung: als BettlerInnen, ArbeiterInnen, „Kriminelle“ und/oder für sexuelle Ausbeutung. In der Regel sind die Betroffenen zwischen 18 und 25 Jahre alt (zehn bis 15 Prozent der Betroffenen waren bei ihrer Rückkehr minderjährig) und kommen aus „armen“ bzw. „sehr armen“ Familien (meist zwischen 60 und 70 Prozent). Jedoch sind auch Personen mit durchschnittlichem (29,5 Prozent im Jahr 2004) und gutem ökonomischen Hintergrund (2,3 Prozent im Jahr 2004) betroffen, ebenso gut ausgebildete Personen (vgl. IOM 2005: 5f). Laut La Strada Moldova sind 99 Prozent der von der NGO zwischen 1998 und 2004 assistierten Betroffenen Frauen. Jedoch werden auch Männer Opfer von Menschenhandel (vgl. La Strada Moldova 2005: 15).

Allgemein ist davon auszugehen, dass die Zahlen der Betroffenen in Wirklichkeit weit größer sind. Dies legt auch die Zahl der bei La Strada Moldova zwischen September 2001 und Dezember 2004 eingegangenen Anrufe nahe, die bei 12 274 liegt. Allein 2004 registrierte die La Strada Helpline 4 301 Anrufe, verzeichnete in Relation zum Vorjahr einen Zuwachs von 3 731 Anrufen (vgl. IOM 2005: 7).

Vermeehrt nehmen Frauen die Rolle von Traffickers ein. Meist sind es selbst Opfer, die durch die Anwerbung neuer Opfer kriminalisiert und somit auch abhängig gemacht und kontrolliert werden sollen. Im Jahr 2004 waren 61,8 Prozent der Rekrutierenden weiblich (vgl. ebd.: 18).

Bei der Rekrutierung ist zwar – so gibt es auch die Definition von Menschenhandel vor – meist

¹⁹ In der vorliegenden Arbeit soll von Menschenhandel und nicht von „Frauen- und Menschenhandel“ bzw. „Frauenhandel“ gesprochen werden, da eine Unterscheidung von Menschen und Frauen (wie im Falle der Menschenrechte) meiner Meinung nach problematisch ist. Dies, da somit verschleiert wird, dass Frauen gerade aufgrund ihrer strukturellen Diskriminierung in der Gesellschaft mehrheitlich von Menschenhandel betroffen sind.

²⁰ Diese diversifizieren sich ständig. Zur Zeit ist laut IOM ein Trend in Richtung Türkei zu verzeichnen (vgl. IOM 2005: 4).

Täuschung und das Vorspiegeln falscher Tatsachen im Spiel, doch wissen die betroffenen Frauen auch oft über die Illegalität bestimmter Formen der Migration und über die Risiken derselben Bescheid und treffen in Abwägung dieser Entscheidungen. Diese Fähigkeit darf ihnen nicht abgesprochen werden, indem sie als unschuldige Opfer stigmatisiert werden. Nichtsdestotrotz sind einige Faktoren zu nennen, welche gefährdende Wirkung haben können: Nicht nur die weit verbreitete Armut, sondern auch konfliktreiche soziale Beziehungen (insbesondere innerhalb der Familie) und Erfahrungen von Gewalt²¹ machen Frauen für Menschenhandel verwundbar. Auch Frauen mit Kindern und insbesondere alleinerziehende Frauen sind besonders gefährdet: 2004 waren 26,2 Prozent der Betroffenen Mütter (2003 40,2 Prozent), wovon 14,8 Prozent allein erziehend waren (22 Prozent im Jahr 2003) (vgl. IOM 2005: 14).

Auch gibt es Randgruppen, die tendenziell besonders gefährdet sind. Laut La Strada Česká Republika betrifft dies vor allem Roma, die oft in sozial marginalisierten Zonen leben (vgl. Kutálková 2004: 142f). So zeige sich die Notwendigkeit, den Kampf gegen Menschenhandel zu dezentralisieren und auch lokal tätig zu sein. Führt man sich dazu noch vor Augen, dass die Roma-Minderheit in der RM in den letzten Jahren immer wieder Diskriminierungen ausgesetzt war, lässt sich diese Expertise aus Tschechien in gewisser Hinsicht wohl auch auf Moldau übertragen²².

Im Kampf gegen den Menschenhandel wurden zahlreiche Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen ergriffen. International von Bedeutung sind die zwei im Jahr 2000 in Palermo zusätzlich zur UN-Konvention gegen das transnationale organisierte Verbrechen adoptierten Protokolle: Das „United Nations Protocol to Prevent, Suppress, and Punish Trafficking in Persons Especially Women and Children“ und das „United Nations Protocol against Smuggling of Migrants by Land, Sea and Air“. In diesen Dokumenten wird eine breite Definition von Menschenhandel gegeben, um den Opfern die bestmögliche Unterstützung zu gewährleisten. Zentral ist hierbei, dass es irrelevant ist, ob Betroffene vor Verlassen des Landes ihre Einwilligung gegeben haben oder nicht. Dementsprechend ist es problematisch, wenn Menschenhandel durch die Betonung des dabei involvierten Zwangs von Schmuggel unterschieden wird (vgl. Wipler 2003: 21).

„In addition, many women are aware they will work in some form of prostitution and initially consent to it. They are not aware that they will have little control over their work, receive less than a fourth of their earnings, if that, and be in a situation of debt bondage to their pimp. This is still trafficking.“ (Wipler 2003: 20)

²¹ 80 Prozent der von Menschenhandel betroffenen Personen haben auch Erfahrungen häuslicher Gewalt gemacht (vgl. Abiala 2006: 94).

²² Im „Country Report on Human Rights Practices“ 2005 des U.S. Department of State wird die Diskriminierung von Roma beklagt und festgestellt: „The Roma were the poorest of the minority groups and often lived in unsanitary conditions in segregated communities lacking basic infrastructure.“ (vgl. U.S. Department of State 2006)

Die RM hat die so genannten Palermo-Protokolle im Februar 2006 ratifiziert. Auch in der CEDAW verpflichtet sich das Land, präventive Maßnahmen und die Betreuung von Betroffenen adäquat zu implementieren. Davon kann jedoch aktuell aufgrund mangelnder finanzieller und personeller Ressourcen nicht die Rede sein. Obwohl die RM im Oktober 2005 ein Gesetz zur Prävention und zum Kampf gegen Menschenhandel erlassen und alle im Kampf gegen Menschenhandel tätigen Sektionen im „Center to Combat Trafficking in Persons“ (CCTIP) zusammengefügt hat, bestehen vor allem im Bereich der Strafverfolgung und der Betreuung von Opfern Probleme. Das CEDAW-Komitee äußerte Bedenken darüber, dass die Implementierung betreffender Maßnahmen in erster Linie auf NGOs zurückfällt (vgl. CEDAW 2006a: 5). Dies wird vor allem bei der Betreuung von Betroffenen ersichtlich, die gänzlich von NGOs getragen wird, wie beispielsweise vom IOM-Rehabilitations-Zentrum in Chişinău oder vom Drop-in Center von La Strada. Besonders kritisch ist die Situation, wenn Betroffene von Menschenhandel mit Zwang nach Moldau zurückgebracht werden. Denn auch Re-Trafficking ist in Moldau eine Problematik: So kommt es durchaus vor, dass Frauen mehrere Male Opfer von Menschenhandel werden (vgl. IOM 2005: 6f).

Nur im Bereich der Prävention habe die Regierung laut Abiala einigermaßen Fortschritte gemacht (vgl. Abiala 2006: 99). Jedoch gilt zu erwähnen, dass im Jahr 2006 ein Fonds durch das Finanzministerium eingerichtet wurde, der bescheidene medizinische Unterstützung, neue Dokumente und Aufenthaltsgenehmigungen, juristische Beratung und berufliche Unterstützung vorsieht. Auch in der Strafverfolgung wurden kleine Fortschritte gemacht: Wurden 2005 in 286 Fällen Ermittlungen eingeleitet, so waren es 2006 466. Jedoch bleibt die Zahl der Verurteilungen bescheiden (58 im Jahr 2005, 71 im Jahr 2006) (vgl. U.S. Department of State 2007b: 150/1). Dass auch Regierungsbeamte im Menschenhandel verstrickt sind, ist zwar seit längerem bekannt, jedoch wurden erst 2006 Ermittlungen gegen höhere Staatsbeamte eingeleitet. So wurde Ion Bejan, ehemaliger stellvertretender Direktor des CCTIP entlassen, da er Kriminelle protegiert hatte (vgl. U.S. Department of State 2007a).

Laut Kristina Abiala unterscheidet sich die Sicht der moldauischen Regierung stark von jener der mit Frauenhandel befassten NGOs. Die Regierung würde Betroffene als unmoralische Jugendliche ansehen, „*who have no one else but themselves to blame for their predicament*“ (Abiala 2006: 102). So lasse sich darauf schließen, dass der Diskurs um Frauenhandel auf traditionellen moralischen Ansichten aufbaut. NGOs hingegen fokussieren auf öffentliche Kampagnen und Interventionen im Bereich der Prävention. Ein Diskurs um moralische Ordnung, in dessen Mittelpunkt das Bild des unschuldigen Opfers platziert wird, sei hier vorherrschend und ebenso problematisch. Auf diese problematische Darstellung wird in Bezug auf Migration genauer eingegangen.

Problematisch sind aber nicht nur die Diskurse rund um Menschenhandel, sondern auch die Motive,

welche die unterschiedlichen AkteurInnen im Kampf gegen Menschenhandel anleiten. So kritisiert Joe Goodey die Herangehensweise der EU, welche sich mehr auf Sicherheitsfragen als auf die strukturell und gesellschaftlich bedingte Problematik von Gewalt gegen Frauen bezieht (Goodey 2004: 34f).

In Transnistrien werden kaum Maßnahmen gegen Menschenhandel unternommen, dessen Existenz vom Regime negiert wird. Dieses Thema wird in der PMR vor allem im Kontext anti-moldauischer Berichterstattung besprochen. Jedoch gibt es seit Mai 2006 eine von der NGO „Interaction“ betriebene Hotline, die laut IOM auch stark genutzt wird (vgl. IOM 2006: 4f).

Migration

Im Frühling 2007 gaben 38 Prozent der Befragten einer von IMAS (Institutul de Marketing și Sondage) durchgeführten Studie an, dass ihre ökonomische Situation im Vergleich zum Vorjahr ein wenig (26 Prozent) bzw. viel (12 Prozent) schlechter sei. Im Vergleich hat sich die Lage nur für drei Prozent sehr und für 23 Prozent ein wenig verbessert (IMAS 2007: 6). Dabei ist davon auszugehen, dass sich zahlreiche Familien vor allem mit jenem Geld über Wasser halten, das ihnen von im Ausland arbeitenden Verwandten bzw. Bekannten regelmäßig geschickt wird. Diese Gelder machten im Jahr 2005 30,6 Prozent des BIP aus – Tendenz steigend. Im Vergleich waren es im Jahr 2000 nur 13,8 Prozent (vgl. UNDP 2006: 8).

Rund ein Viertel der Bevölkerung Moldaus, geschätzte 600 000 Personen, hat das Land verlassen, um kurz- oder längerfristig im Ausland zu arbeiten (vgl. Abiala 2006: 93). Fast 90 Prozent der 18 bis 29jährigen würden Moldau gerne zumindest für kurze Zeit verlassen (vgl. Costachi 2004: 100). Solche Zahlen sind bedenklich und für die Entwicklung der moldauischen Gesellschaft nicht zuträglich, jedoch zeugen sie auch von Handlungsfähigkeit. Insbesondere für Frauen kann die Möglichkeit zur Migration ein Moment des Empowerment darstellen – natürlich nur, wenn sie frei von Zwang ist. Die Mobilität der MoldauerInnen wird jedoch durch das EU-Grenzregime erheblich eingeschränkt. Der kleine Grenzverkehr an der Grenze zu Rumänien, der für viele Bauern und Bäuerinnen eine Möglichkeit darstellte, mehr an ihren Produkten zu verdienen, ist seit Rumäniens EU-Beitritt nur mehr mittels einer doppelten StaatsbürgerInnenschaft in der alten Form möglich. Obwohl in der EU und auch in anderen Empfangsländern die Nachfrage nach ausländischer Arbeitskraft (sowie nach sexuellen Dienstleistungen) nach wie vor sehr groß ist, sind die legalen Mittel der Einreise zunehmend eingeschränkt.

„The traffickers in human beings bridge the abyss between the two, while earning huge profits in the meantime.“ (Belánszky-Demkó 2004: 163)

2001 haben 3 478 Frauen Moldau verlassen, hingegen waren es nur 2 968 Männer (Statistica Moldovei 2005: 22). Auch in den folgenden Jahren war der Anteil von Frauen um einiges größer. Entsprechend ist aktuell von einer Feminisierung der Migration die Rede, doch haben Frauen schon immer an Prozessen von Migration teil genommen. Neu ist also nicht, dass Frauen mobil sind, sondern dass die Gender Dimensionen von Migration in den Blickpunkt geraten (vgl. Lenz 2002: 7). Dabei verstricken sich Diskurse rund um Migration und Menschenhandel, die zwei Pole der Wahrnehmung von migrierenden Frauen markieren: Zum einen werden sie als ohnmächtige Opfer sexueller Ausbeutung, zum anderen als „*irresponsible mothers, immoral wives, and selfish consumers*“ wahrgenommen (Keough 2006: 432). Leyla Keough hat Frauen aus dem gagausischen Süden interviewt, deren Arbeitsmigration in Richtung Türkei mittels stereotyper Narrative debattiert wird. Frauen – so Keough – wird die Schuld für die sozialen Missstände in Moldau zugeschoben. Hierauf reagieren die betroffenen Frauen, indem sie diese moralischen stereotypen Narrative übernehmen und sich als „gute Mütter“ bezeichnen, die für den Erhalt ihrer Familie solche Umstände in Kauf nehmen (vgl. ebd.: 444f). Nun bildet eine gewisse „Panik“ rund um das Thema Menschenhandel den Kontext, in dem solche Diskussionen um mobile Frauen stattfinden. Migration wird dabei als etwas Gefährliches und Bedrohliches dargestellt, wodurch die im Alltag vieler MoldauerInnen erfolgreich bestrittenen Strategien rund um Migration unsichtbar gemacht werden (vgl. Carrington 2004: 165). Solche Verzerrungen tragen nicht zur Verbesserung der Situation der Frauen in Moldau bei, sondern konfrontieren sie vielmehr mit moralischen patriarchalischen Denkmustern, die mehr Tore verschließen als öffnen.

Eine von Winrock International in Zusammenarbeit mit IMAS inc. gemachte Studie definiert Kategorien von „Women At-Risk“, indem deren Bereitschaft, Regeln zu brechen und ein Arbeitsangebot im Ausland anzunehmen, gemessen wird. 33 Prozent der Befragten gaben an, das Ungewisse und Abenteuer zu mögen und 27 Prozent stimmten sehr bzw. größtenteils damit überein, Regeln zu brechen, um ihr Ziel zu erreichen (vgl. Winrock Int. 2005: 18). Dies scheint mir persönlich ein positiv zu wertendes Ergebnis zu sein, wenn man bedenkt, dass in derselben Studie 27 Prozent der Befragten angaben, nur in wenigen (24 Prozent) bzw. in keiner (drei Prozent) Situation „*control of the things that happen to you*“ zu haben (ebd.: 81). Dementsprechend finde ich es problematisch Risikogruppen dahingehend zu definieren, ob die Bereitschaft besteht, Regeln zu brechen bzw. ein Arbeitsangebot im Ausland anzunehmen.

„The constant desire to have money, and attaining success on the basis of physique and not on the basis of education, hard work or seriousness are qualities that characterize vulnerable women.“ (ebd.: 14)

Auch ohne an die in Moldau weit verbreitete Diskriminierung von Frauen in vielen Bereichen der Gesellschaft zu denken, scheint mir eine solche Aussage mehr als problematisch.

5. Quellenverzeichnis

[...] Datum des Zugriffs

Abiala, Kristina (2006), „The Republic of Moldova: prostitution and trafficking in women“, in: Gangoli, Geetanjali (Hg.), *International approaches to prostitution: law and policy in Europe and Asia* (Bristol: Policy Press), S. 91-111

Belánszky-Demkó, Zsolt (2004), „Prevention of and response to sexual and gender-based violence among persons in need of international protection“, in: Zavratic Zimic, Simona (Hg.), *Women and Trafficking* (Ljubljana: Mirovni Inst.), S. 159-179

Benkő, Arad; Malek, Martin (2005), „Akteure des Konflikts um Transnistrien (Moldau). Unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten und Grenzen eines EU-Engagements“, in: *Südosteuropa*, 53/1, S. 56-79

Burca, Elena (2006), „The Alternative Report of Evaluation regarding the implementation of Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women“ (Chişinău: FWOM)

Unter URL: http://www.iwraw-ap.org/resources/pdf/Moldova_SR.pdf [28.06.2007]

Büscher, Klemens (2004), *Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat* (Frankfurt a. M.: Peter Lang Europäischer Verlag d. Wiss.)

Buttin, Félix (2007), „A Human Security Perspective on Transnistria Reassessing the Situation within The 'Back Hole of Europe'“, in: *Revue de la Sécurité Humaine / Human Security Journal*, Issue 3, February 2007, S. 13-28; Unter URL:

http://www.peacecenter.sciences-po.fr/journal/issue3pdf/issue3_FP1_Felix-Buttin.pdf [05.07.2007]

Carrington, Sarah (2004), „traded bodies“, in: *feminist review* 77, S. 162-165

CEDAW (2006a), „Concluding comments of the Committee on the Elimination of Discrimination against Women: Republic of Moldova“, 25. August 2006; Unter URL:

[http://www.unhcr.ch/tbs/doc.nsf/898586b1dc7b4043c1256a450044f331/147878c73482ef09c12572280052fd00/\\$FILE/N0648245.pdf](http://www.unhcr.ch/tbs/doc.nsf/898586b1dc7b4043c1256a450044f331/147878c73482ef09c12572280052fd00/$FILE/N0648245.pdf) [23.04.2007]

CEDAW (2006b), „Responses to the list of issues and questions for consideration of the Combined second and third periodic report: Republic of Moldova, 2. August 2006;

Unter URL: <http://secint24.un.org/womenwatch/daw/cedaw/cedaw36/cedaw.c.mda.q.3.add.pdf> [23.04.2007]

Costachi, Jana (2004), „Trafficking in Human Beings in the Republic of Moldova“, in: Zavratic Zimic, Simona (Hg.), *Women and trafficking* (Ljubljana: Mirovni Inst.), S. 99-108

Dokmanovic, Mirjana (2002), Transition, privatisation and women (Subotica: Women's Centre for Democracy and Human Rights)

Eifler, Christine (2004), „Genderkompetenz und militärisches Handeln in Krisengebieten und Nachkriegsgesellschaften – eine Problemskizze“, in: Seifert, Ruth (Hg.): Gender, Identität und kriegerischer Konflikt (Münster: LIT), S. 248-261

Feichtinger, Walter; Jureković, Predrag (2006), Internationales Konfliktmanagement im Fokus. Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich (Baden-Baden: Nomos)

Gabanyi, Anneli Ute (2005), „Die Perspektive einer Perspektive. Moldova und die Neue Nachbarschaftspolitik der EU“, in: Osteuropa, 55. Jg. / Heft 2, Februar 2005, S. 24-39

Gangoli, Geetanjali (2006), International approaches to prostitution: law and policy in Europe and Asia (Bristol: Policy Press)

Goodey, Joe (2004), „Sex trafficking in women from Central and East European countries: promoting a 'victim-centred' and 'woman-centred' approach to criminal justice intervention“, in: feminist review 76, S. 24-45

Hanne, Gottfried (1998), Der Transnistrien-Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung (Bericht des BIOst Nr. 42/1998)

Hunt, Swanee (1997), „Women's Vital Voices: The Costs of Exclusion in Eastern Europe“, in: Foreign Affairs, Vol. 26, No. 4

IOM (2005), „Second Annual Report on Victims of Trafficking in South-Eastern Europe 2005. Country Report: The Republic of Moldova“;
Unter URL: [http://www.atnet.md/public/48/en/IOM%20Country%20Report%20Eng%20\(2005\).pdf](http://www.atnet.md/public/48/en/IOM%20Country%20Report%20Eng%20(2005).pdf)
[15.04.2007]

IOM (2006), „Week of Film Screenings on Migration and Trafficking in Human Beings in Tiraspol“, in: IOM in Eastern Europe and Central Asia, Issue No. 25, Oktober-Dezember 2006;
Unter URL: http://tcc.iom.int/iom/images/uploads/Issue25_1174068005.pdf [15.07.2007]

IMAS (2007), „Barometrul Socio-Politic“, April 2007; Unter URL: <http://www.imas-inc.com/>
[13.07.2007]

International Crisis Group (2003), „Moldova: No Quick Fix“, ICG Europe Report No. 147, Chişinău/Brussels: 12. August 2003; Unter URL:
http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A401086_12082003.pdf [16.05.2007]

International Crisis Group (2007), „Moldova's Uncertain Future“, in: Hamilton, Daniel; Mangott Gerhard (Hg.), The New Eastern Europe Ukraine, Belarus & Moldova (Washington, Wien: Center for Transatlantic Relations/Austrian Institute for International Affairs)

International Helsinki Federation for Human Rights (2000), „Women 2000 - An Investigation into the Status of Women's Rights in Central and South-Eastern Europe and the Newly Independent States (Moldova)“, 5. November 2000; Unter URL:
www.ihf-hr.org/viewbinary/viewdocument.php?download=1&doc_id=2066 [12.07.2007]

Ishiyama, John T (2003), „Women's Parties in Post-Communist Politics“, in: East European Politics and Societies, Vol. 17, No. 2, p. 266-304

Jemric, Ines; Trkulja, Ines (2003), Regional directory of women's groups (Zagreb: Zenska infoteka)
Karadenizili, Maria (2002), „Women in Development Europe (Wide). A Research Agenda for The Analysis of The Impact of Economic Reform and Structural Adjustment on Women's Economic and Social Rights in The Transition Countries“, in: Dokmanovic, Mirjana, Transition, privatisation and women (Subotica: Women's Centre for Democracy and Human Rights), S. 23-43

Kliment, Alex (2005), „The Transnistrian Dilemma“, in: SAIS Review, vol. V, no. 1, Winter-Spring 2005, S. 71-73

Keough, Leyla J.(2006), „Globalizing 'Postsocialism:' Mobile Mothers and Neoliberalism on the Margins of Europe“, in: Anthropological Quarterly, 79 Jg., Heft 3, Sommer 2006, S. 431-461

Kutálková, Petra (2004), „Prevention of trafficking in women in Roma communities – the La Strada approach“, in: Zavratnic Zimic, Simona (Hg.), Women and trafficking (Ljubljana: Mirovni Inst.), S. 141-150

La Strada Moldova (2005), „Trafficking in Persons in Moldova. Comments-Trends-Recommendations“ (Chişinău 2005); Unter URL:
http://www.atnet.md/public/47/en/La%20Strada%20THB%20Report_Eng.pdf [15.05.2005]

Lenz, Ilse (2002), Crossing Borders and Shifting Boundaries (Opladen: Leske+Budrich)

Löwenhardt, John (2004), „The OSCE, Moldova and Russian Diplomacy in 2003“, in: The Journal of Communist Studies and Transition Politics, London, 4/2004, S. 103-112; Unter URL:
http://www.clingendael.nl/publications/2004/20041200_cstp_art_l%F6wenhardt.pdf [03.07.2007]

Malek, Martin (2006): „Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova)“, in: Feichtinger, Walter; Jureković, Predrag (Hg.), Internationales Konfliktmanagement im Fokus. Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich (Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft), S. 139-185

Martinez, Manuela (2004), „Women Victims of Domestic Violence: Consequences for Their Health and the Role of the Health System“, in: Klein, Renate; Wallner, Bernard, Conflict, Gender and Violence (Innsbruck: Studien-Verlag), S. 55-72

Memorial (1992), „Large-scale and Gross Violations of Human Rights and the Situation in the Zone of Armed Conflict In and Around the City of Bendery (June-July, 1992)“, Moskau, 11. September 1992
Unter URL: <http://www.memo.ru/hr/hotpoints/moldavia/BENDERYE.htm> [13.07.2007]

Minnesota Advocates for Human Rights (2006), „Comments on the Moldovan Draft Domestic Violence Law“, 7. Juli 2006; Unter URL:
http://www.stopvaw.org/Commentary_on_Domestic_Violence_Laws.html#Comments_by_Minnesota_Advocates_for_Human_Rights [12.06.2007]

Moldova Anti-Trafficking & Gender Network (2007), „Domestic Violence in epidemic proportions in Moldova – survey“, 2. Mai 2007; Unter URL: <http://www.atnet.md> [13.07.2005]

Nantoi, Oazu (2005), „Transnistrian Conflict – Status Quo and Prospects“, Chişinău;
Unter URL: http://www.ipp.md/public/biblioteca/86/en/Soros%20200511_English.doc

[19.05.2007]

Piehl, Ernst (2004), „Expertise für den EWSA. Zivilgesellschaften in den vier östlichen Nachbarstaaten der Europäischen Union (EU)“, Brüssel: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss;

Unter URL:

www.eesc.europa.eu/sections/rex/europe/news/docs/A_CES1709-2004_ETU_de.doc [12.06.2007]

PMR Website (2007a), „Meet Igor Smirnov, Pridnestrovie's current president“

Unter URL: <http://www.pridnestrovie.net/igor-smirnov.html> [12.05.2007]

PMR Website (2007b), „Make love, not war“

Unter URL: <http://pridnestrovie.net/love-not-war.html> [12.05.2007]

PMR Website (2007c), „Human right groups say Moldova massacred innocent villagers“

Unter URL: <http://pridnestrovie.net/moldovamassacres.html> [12.05.2007]

PMR Website (2007d), „Elections: Multi-party pluralism“

Unter URL: <http://pridnestrovie.net/taxonomy/term/33> [12.05.2007]

PMR Website (2007e), „2004 Census: PMR urban, multilingual, multicultural“

Unter URL: <http://pridnestrovie.net/2004census.html> [12.05.2007]

PMR Website (2007f), „Law enforcement and armed forces of Pridnestrovie“

Unter URL: <http://pridnestrovie.net/armedforces.html> [12.05.2007]

Proriv Website (2007)

Unter URL: www.proriv.org [12.07.2007]

Regional Women's Directory Database (2007) unter URL:

<http://www.rewindnet.org/asp/PretrazivanjeW.asp?zemlja=Moldova&grad=&krijec=&submit=Submit> [15.04.2007]

Richter-Lyonette, Elenor (2004), „Gender: Beobachtungen einer Praktikerin internationaler Zusammenarbeit“, in: Seifert, Ruth (Hg.): Gender, Identität und kriegerischer Konflikt (Münster: LIT), S. 263-273

Ruminska-Zimny, Ewa (2002), „Gender, Privatisation and Structural Adjustment in Transition Countries: Trends and Issues in the UNECE Region“, in: Dokmanovic, Mirjana, Transition, privatisation and women, (Subotica: Women's Centre for Democracy and Human Rights), S. 17-21

Der Spiegel (2005), „Ché Guevara lebt – in Transnistrien“, 12. Dezember 2005;

Unter URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,389143,00.html> [16.06.2007]

Statistica Moldovei (2005): „Feimeile și bărbații în Republica Moldova. Culegere statistică – Women and Men in the Republic of Moldova. Statistical collection“ (Chișinău: Biroul Național de Statistică al Republicii Moldova); Unter URL:

http://europeandcis.undp.org/?menu=p_cms/show&content_id=4A7F0A69-F203-1EE9-BD13E360EA043862 [27.05.2007]

Štulhofer, Aleksandar (2005), Sexuality and gender in postcommunist Eastern Europe and Russia (New York: Haworth Press)

Szeli, Éva; Pallaska, Dea (2004), „violence against women with mental disabilities: the invisible victims in CEE/NIS countries, in: feminist review 76, S. 117-119

Tiraspol Times (2006), „Women's groups join hands, urge democratic crisis solution“, 3. September 2006; Unter URL: www.tiraspoltimes.com/node/160 [19.07.2007]

Tiraspol Times (2007), „Anna Volkova: 'Our country is already recognized by its people“, 9. April 2007; Unter URL: http://www.tiraspoltimes.com/news/anna_volkova_our_republic_is_already_recognized_by_its_own_people.html [19.07.2007]

UNDP Website (2007), „The UNDP has become engaged in HIV/Aids prevention. Ten thousand Moldovan military have learned to stay healthy through a project of United Nations Development Programme“; Unter URL: http://www.undp.md/focus_areas/projects/stories/story5_aids.shtml [26.04.2007]

UNDP (2006), „The Republic of Moldova: National Human Development Report 2006. The quality of economic growth and its impact on human development“; Unter URL: <http://www.undp.md/publications/2006NHDR/NHDR%20english.pdf> [13.04.2007]

UNDP (2000), „The Republic of Moldova: National Human Development Report 2000. Towards a Culture of Peace“; Unter URL: http://www.undp.md/publications/doc/HUMAN_2000_PDF.pdf [13.04.2007]

U.S. Department of State (2006), „Country Reports on Human Rights Practices 2005“, 8. März 2006; Unter URL: <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2005/61664.htm> [18.06.2007]

U.S. Department of State (2007a), „Country Reports on Human Rights Practices 2006“, 6. März 2007; Unter URL: <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2006/78828.htm> [18.06.2007]

U.S. Department of State (2007b): „Trafficking in Persons Report“, Juni 2007; Unter URL: <http://www.state.gov/g/tip/rls/tiprpt/2007/> [26.07.2007]

Welcome Moldova (o. J.), „Prostitution: Prosperous Purgatory“; Unter URL: <http://www.welcome-moldova.com/articles/prostitution.shtml> [13.06.2007]

Winrock International; IMAS inc. (2005), „New Perspectives for Women: Women At-Risk in the Republic of Moldova. National Representative Survey“, Chişinău, Juni 2005; Unter URL: http://www.atnet.md/public/46/en/Women%20At%20Risk_eng.pdf [18.05.2007]

Wipler, Eva (2003), Combating trafficking in women and the role of the „International Community“. With special focus on the situation in Moldova (Wien, Dipl.-Arb.)

World Economic Forum (2006), „Gender Gap Index 2006: Moldova“; Unter URL: <http://www.weforum.org/pdf/gendergap/moldova.pdf> [17.07.2007]